



## Europäische Konvention gegen Doping

### Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens und weiteres Vorgehen

Aufgrund des Antrags des EDI vom 15. November 1991

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

#### beschlossen:

1. Vom Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens über die Europäische Konvention gegen Doping wird Kenntnis genommen.
2. Das Vernehmlassungsergebnis wird veröffentlicht. Der Bericht wird an die Presse und auf Verlangen auch den angehörten Kreisen sowie weiteren Interessenten abgegeben.
3. Das EDI wird beauftragt, zuhanden der Eidgenössischen Räte eine Botschaft zur Genehmigung der Europäischen Konvention gegen Doping auszuarbeiten.

Für getreuen Protokollauszug:

*Muraro Müller*

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	x	EDA	8	-
x		EDI	8	-
	x	EJPD	5	-
		EMD		
	x	EFD	7	-
	x	EVD	5	-
		EVED		
	x	BK	6	-
		EFK		
		Fin.Del.		



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'INTERNO

Bern, den 15. November 1991

An den Bundesrat

## Konvention des Europarates gegen Doping

### Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens und weiteres Vorgehen

- 1 Die Konvention des Europarates gegen Doping liegt seit dem 16. November 1989 zur Unterzeichnung auf. Bis Ende September 1991 wurde die Konvention von 11 Ländern ratifiziert und von 12 weiteren, darunter der Schweiz, unterzeichnet. In Kraft ist sie seit dem 1. März 1990.  
 Im Sommer dieses Jahres wurde ein Vernehmlassungsverfahren bei den Kantonen, politischen Parteien sowie interessierten Verbänden und Organisationen eingeleitet. Es galt abzuklären, ob die Schweiz die Konvention ratifizieren sollte, und wenn ja, ob Vorbehalte oder interpretierende Erklärungen anzubringen seien. Das Ergebnis dieser Vernehmlassung liegt nun vor: Alle Beteiligten sprachen sich für einen Beitritt der Schweiz zur Konvention aus.
- 2 In den Antworten werden drei Hauptgründe für einen Beitritt genannt:
  - Doping sei ein ernstzunehmendes Problem für den Sport und unsere Gesellschaft. Ein fairer Sport habe eine Vorbildfunktion für die Jugend, diene der Volksgesundheit sowie der Völkerverständigung. Die Konvention sei ein taugliches Instrument zur Koordination und Harmonisierung der Dopingbekämpfung auf nationaler und internationaler Ebene.
  - Die Konvention sei ein Stück europäischer Zusammenarbeit. Der Beitritt stelle einen Akt der Solidarität mit den anderen Ländern des Europarates dar.



- Die Konvention nehme Rücksicht auf die innere Rechtsordnung der Unterzeichnerstaaten. Sie betone die sich ergänzenden Verantwortlichkeiten von privatrechtlichen und staatlichen Stellen in der Dopingbekämpfung und greife nicht in das schweizerische Sportkonzept ein.

Verschiedentlich wird gewünscht, dass der SLS weiterhin mit der Dopingkontrolle beauftragt wird, für diese Aufgabe aber durch den Bund zu entschädigen sei. Mehrfach vorgeschlagen wird hingegen eine verstärkte Führungs- und Koordinationsrolle des Bundes bei den notwendigen begleitenden Massnahmen in Erziehung und Aufklärung. Einige Antworten weisen zudem darauf hin, dass es sinnvoll wäre, wenn die beobachtende Begleitgruppe aus je einem Vertreter der Sportorganisationen und des Bundes bestehen würde.

3 Wie das Gesamtergebnis zeigt, wird der Beitritt allgemein befürwortet. In einzelnen Antworten wird aber darauf hingewiesen, dass es keine sachlichen Gründe für einen Beitritt zur Konvention gebe, da in der Schweiz der SLS für die Dopingkontrollen zuständig sei. Auch wird erwähnt, dass eventuelle Dopingkontrollen bei "Sport für Alle" Veranstaltungen nicht durchführbar seien. Verschiedene Kantone verwahren sich gegen eine Kostenbeteiligung an eventuellen finanziellen Folgen aus dem Beitritt. Einige Antworten weisen darauf hin, dass es in der Schweiz keine Gesetzgebung zur nach Artikel 4, Absatz 1 der Konvention verlangten Einschränkung der Verfügbarkeit von Dopingmitteln gebe.

4 In der Schweiz wurde die Dopingbekämpfung bisher ausschliesslich durch den privatrechtlich organisierten SLS betrieben, dessen Dopingstatut bereits in wesentlichen Teilen den Anforderungen der Konvention entspricht. Aus gesundheitlichen, sozialen und pädagogischen Gründen müssen Bestrebungen nach einem fairen, dopingfreien Sport aber von allen mitgetragen werden. Die Konvention bietet ergänzende Lösungsansätze zu Erziehung und Aufklärung bei Jugendlichen sowie Hobby- und Fitnesssportlern, die nicht dem Dopingstatut des SLS unterworfen sind. Zudem sprengen wissenschaftliche Arbeiten im Bereich der Dopingbekämpfung den Rahmen der Möglichkeiten von Sportverbänden. Es hat sich auch gezeigt, dass die Bekämpfung von Doping im Sport ein internationales Problem ist, das nur durch intensiven Erfahrungsaustausch zwischen den Sportorganisationen und den staatlichen Stellen gelöst werden kann. Die Frage nach den finanziellen Konsequenzen der Unterzeichnung der

Konvention wird in der allfällig auszuarbeitenden Botschaft behandelt. Es scheint aber richtig (auch alle auf diesen Punkt eingehenden Antworten der Vernehmlassung bestätigen dies), dass der Bund sich an der Dopingbekämpfung finanziell beteiligen sollte. Es wird gegenwärtig geprüft, ob sich die nach Artikel 4, Absatz 1 der Konvention geforderte Einschränkung der Verfügbarkeit von Dopingmitteln (insbesondere von Anabolika), soweit es sich dabei um Medikamente handelt, im Rahmen eines Bundesgesetzes über die Kontrolle der Ein- und Ausfuhr von Heilmitteln verwirklichen liesse.

- 5 Das Vernehmlassungsverfahren hat gezeigt, dass alle befragten Kantone, Parteien, Verbände und interkantonale Organisationen einen Beitritt der Schweiz zur Konvention wünschen. Auch wir möchten uns dieser Überzeugung anschliessen. Wir sind der Meinung, dass die Schweiz der Konvention ohne Vorbehalte oder auslegende Erklärungen beitreten könnte.

- 6 Diese Auffassung wird auch vom Bundesamt für Veterinärwesen, EVD, vom Bundesamt für Justiz, vom Bundesamt für Polizeiwesen, beide EJPD, von der Direktion für Völkerrecht, dem Europaratsdienst, beide EDA und von der Eidgenössischen Finanzverwaltung, EFD, die im Vorverfahren konsultiert wurden, geteilt. Die Eidgenössische Finanzverwaltung wendet sich aber gegen eine Lösung, die dem Bund neue finanzielle Kompetenzen und Leistungen übertragen würde.

- 7 Wir bitten Sie, das EDI zu ermächtigen, zuhanden der Eidgenössischen Räte eine Botschaft zur Genehmigung des Übereinkommens auszuarbeiten.



Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Europäische Konvention gegen Doping

Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens und weiteres Vorgehen

Aufgrund des Antrags des EDI vom

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT

DES INNERN

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichts vom

bestimmen:

1. Vom Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens über die Europäische Konvention gegen Doping wird Kenntnis genommen.

2. Das Vernehmlassungsergebnis wird veröffentlicht. Der Bericht wird an die Presse und auf Verlangen auch den angehörten Parteien sowie weiteren Interessierten abgegeben.

Beilage:

- Entwurf des Beschlussdispositivs
- Vernehmlassungsergebnis
- Text der Konvention
- Pressemitteilung

Zum Mitbericht an:

- BK
- EDA
- EFD
- EJPD
- EVD

Protokollauszug an:

- |                |             |
|----------------|-------------|
| - EDI (8 Ex.)  | zum Vollzug |
| - BK (5 Ex.)   | z.K.        |
| - EDA (8 Ex.)  | z.K.        |
| - EFD (7 Ex.)  | z.K.        |
| - EJPD (5 Ex.) | z.K.        |
| - EVD (5 Ex.)  | z.K.        |

## Konvention des Europarates gegen Doping

### Verhandlungsergebnis

### Europäische Konvention gegen Doping

#### Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens und weiteres Vorgehen

Aufgrund des Antrags des EDI vom 15. November 1991

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

#### beschlossen:

1. Vom Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens über die Europäische Konvention gegen Doping wird Kenntnis genommen.
2. Das Vernehmlassungsergebnis wird veröffentlicht. Der Bericht wird an die Presse und auf Verlangen auch den angehörten Kreisen sowie weiteren Interessenten abgegeben.
3. Das EDI wird beauftragt, zuhanden der Eidgenössischen Räte eine Botschaft zur Genehmigung der Europäischen Konvention gegen Doping auszuarbeiten.

### Gesamtgebäude

Alle Beteiligten sprechen sich für einen Beitritt zur Konvention aus. Obwohl die Gründe dafür sowie die Bedenken, ist das Vernehmlassungsergebnis eindeutig. Einige der hauptsächlichsten Gründe und Bedenken werden im folgenden aufgeführt, indem aber an der eindringlichen Zustimmung zur Konvention nichts

Für getreuen Protokollauszug:

### Gründe für einen Beitritt

#### Allgemeine Gründe

In den Antworten werden hauptsächlich drei Gründe genannt, die dafür sprechen, der Konvention beizutreten:

- Doping sei ein ernstzunehmendes Problem für den Sport und unsere Gesellschaft. Ein gesunder und fairer Sport habe eine Vorbildfunktion für die Jugend, diese der Volksgesundheit und der Völkerverständigung. Doping müsse mit allen Mitteln national und international bekämpft werden. Die



## Konvention des Europarates gegen Doping

### Vernehmlassungsergebnis

#### 0 Einleitung

Die Konvention des Europarates gegen Doping liegt seit dem 16. November 1989 zur Unterzeichnung auf. Bis Ende September 1991 wurde die Konvention von 11 Ländern ratifiziert und von 12 weiteren, darunter der Schweiz, unterzeichnet. In Kraft ist sie seit dem 1. März 1990.

Im Sommer dieses Jahres wurde ein Vernehmlassungsverfahren bei den Kantonen, politischen Parteien sowie interessierten Verbänden und Organisationen eingeleitet. Es galt abzuklären, ob die Schweiz die Konvention ratifizieren sollte, und wenn ja, ob Vorbehalte oder interpretierende Erklärungen anzubringen seien. Das Ergebnis dieser Vernehmlassung liegt nun vor.

#### 1 Gesamtergebnis

Alle Beteiligten sprachen sich für einen Beitritt der Schweiz zur Konvention aus. Obwohl die Gründe dazu sowie einzelne Kritiken unterschiedlich ausfielen, ist das Vernehmlassungsergebnis eindeutig. Einige der hauptsächlichsten Gründe und Bedenken werden im folgenden aufgeführt, ändern aber an der eindrücklichen Zustimmung zur Konvention nichts.

#### 2 Gründe für einen Beitritt

##### 2.1 Allgemeine Gründe

In den Antworten werden hauptsächlich drei Gründe genannt, die dafür sprechen, der Konvention beizutreten:

- Doping sei ein ernstzunehmendes Problem für den Sport und unsere Gesellschaft. Ein gesunder und fairer Sport habe eine Vorbildfunktion für die Jugend, diene der Volksgesundheit und der Völkerverständigung. Doping müsse mit allen Mitteln national und international bekämpft werden. Die

Konvention sei ein taugliches Instrument zur Koordination und Harmonisierung der Dopingbekämpfung.

- Die Konvention sei ein Stück europäischer Zusammenarbeit. Der Beitritt stelle einen Akt der Solidarität mit den anderen Ländern des Europarates dar.
- Die Konvention nehme Rücksicht auf die innere Rechtsordnung der Unterzeichnerstaaten. Sie betone die sich ergänzenden Verantwortlichkeiten von privatrechtlichen und staatlichen Stellen in der Dopingbekämpfung und greife nicht in das schweizerische Sportkonzept ein. Wie bisher bewährt, könne somit der Schweizerische Landesverband für Sport (SLS), als privatrechtliche Organisation, weiterhin ausführendes Organ der Dopingbekämpfung sein.

## 2.2 Spezielle Hinweise

### 2.2.1 Verteilung der Verantwortlichkeit

Wie bereits oben erwähnt, wird die in der Konvention betonte Zusammenarbeit von privatrechtlichen Sportorganisationen und staatlichen Stellen in den Antworten mehrheitlich begrüsst. Es wird gewünscht, dass der SLS weiterhin mit der Dopingkontrolle beauftragt wird, für diese Aufgabe aber durch den Bund zu entschädigen sei. Mehrfach vorgeschlagen wird aber eine vermehrte Führungs- und Koordinationsrolle des Bundes bei den notwendigen begleitenden Massnahmen in Erziehung und Aufklärung.

### 2.2.2 Beobachtende Begleitgruppe

Einige Antworten weisen darauf hin, dass es sinnvoll wäre, wenn die beobachtende Begleitgruppe aus je einem Vertreter der Sportorganisationen und des Bundes bestehen würde.



### 3 Kritik an der Konvention

#### 3.1 Kritik allgemeiner Art

In vereinzelt Antworten wird darauf hingewiesen, dass es keine sachlichen Gründe für einen Beitritt zur Konvention gebe, da in der Schweiz der SLS zuständig für die Dopingkontrollen sei. Dessen Dopingstatut vom November 1989 entspreche bereits weitgehend den Bestimmungen der Konvention.

#### 3.2 Kritik an einzelnen Punkten

##### 3.2.1 Dopingkontrollen bei "Sport für Alle" Veranstaltungen

In einigen Antworten wird darauf hingewiesen, dass eventuelle Dopingkontrollen bei "Sport für Alle" Veranstaltungen aus rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Gründen nicht notwendig seien.

##### 3.2.2 Finanzielle Konsequenzen

In einzelnen Antworten wird bemängelt, dass im erläuternden Bericht nicht auf eventuelle finanzielle Folgen eines Beitrittes zur Konvention eingegangen wurde. Verschiedene Kantone verwahren sich gegen eine Kostenbeteiligung.

##### 3.2.3 Dopingmissbrauch bei Fitness- und Hobbysportlern

Nach Artikel 4, Absatz 1 der Konvention wird die Einschränkung der Verfügbarkeit von Dopingmitteln verlangt. Einige Antworten weisen darauf hin, dass es in der Schweiz keine entsprechende Gesetzgebung gebe. Insbesondere wird eine Importgesetzgebung angesprochen, die notwendig sei, um eventuellen Dopingmissbrauch von Fitness- und Hobbysportlern, die nicht dem Dopingstatut des SLS unterliegen, zu bekämpfen.

## 4 Einzelne Antworten

### 4.1 Kantone

#### 4.1.1 Zürich

Der Kanton Zürich befürwortet den vorbehaltlosen Beitritt zur Konvention. Dies aus Gründen der Volksgesundheit (Vorbildfunktion des Spitzensports), der internationalen Zusammenarbeit (z.B. wissenschaftliche) und Koordination (z.B. Sanktionen gegen Dopingvergehen). In den Bemerkungen wird festgehalten, dass der SLS auch weiterhin mit der Dopingbekämpfung beauftragt werden sollte. Die vorgesehenen staatlichen Einwirkungen auf beauftragte Sportorganisationen seien eher motivierender und nicht verpflichtender Art. Der Bund solle seine Führungsaufgaben bei der Dopingbekämpfung in der beobachtenden Begleitgruppe des Europarates wahrnehmen. Erwähnt wird auch eine allfällige finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten des SLS.

#### 4.1.2 Bern

Der Kanton Bern unterstützt den Beitritt zur Konvention. Seines Erachtens sollte der SLS mit den entsprechenden Vollzugsmassnahmen beauftragt und vom Bund dafür finanziell unterstützt werden. Als Bemerkung wird angeführt, dass bei "Sport für Alle" Veranstaltungen der Dopingbekämpfung aus rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Gründen Grenzen gesetzt seien.

#### 4.1.3 Luzern

Der Kanton Luzern wünscht einen vorbehaltlosen Beitritt zur Konvention. Als Begründung werden der hohe pädagogische Stellenwert des Sportes und die öffentliche Gesundheit erwähnt.

#### 4.1.4 Uri

Der Kanton Uri erachtet es als richtig, dass die Schweiz der Konvention vorbehaltlos beitritt.



#### 4.1.5 Schwyz

Der Kanton Schwyz befürwortet den vorbehaltlosen Beitritt zur Konvention. Als Begründung werden der hohe gesellschaftliche Stellenwert des Sportes und die Volksgesundheit erwähnt. Die Bekämpfung von Doping erfordere eine enge Zusammenarbeit von staatlichen und zivilen Instanzen.

#### 4.1.6 Obwalden

Der Kanton Obwalden befürwortet den Beitritt zur Konvention. Er vermisst in der Konvention aber einheitliche richterliche Sanktionen gegen den Dopingmissbrauch.

#### 4.1.7 Nidwalden

Der Regierungsrat des Kantons Nidwalden stimmt dem vorbehaltlosen Beitritt zur Konvention zu.

#### 4.1.8 Glarus

Lediglich aus Gründen der europäischen Zusammenarbeit stimmt der Kanton Glarus dem Beitritt zur Konvention zu. Sachlich wäre der Beitritt nicht notwendig, da die Dopingbekämpfung ja durch den SLS durchgeführt werde. Weitergehend wird erwähnt, dass Dopingkontrollen bei "Sport für Alle" Veranstaltungen aus finanziellen und organisatorischen Gründen nicht durchgeführt werden können. Der Bund sollte verpflichtet werden, dass die Ratifikation der Konvention mit keinen finanziellen Mehraufwendungen für die Kantone verbunden seien.

#### 4.1.9 Zug

Der Kanton Zug befürwortet den Beitritt zur Konvention. Für ihn scheint die Konvention das richtige Instrument zur europäischen Vereinheitlichung der

Kontrollmethoden und -verfahren zu sein. Vorbehalte seien nicht angebracht, da nach Artikel 1 der Konvention Rücksicht auf die innerstaatliche Rechtsordnung genommen werde.

#### 4.1.10 Freiburg

Der Kanton Freiburg ist der Meinung, dass die Schweiz der Konvention beitreten sollte. Obwohl in der Schweiz Kontrollen bei Wettkampfsportlern bereits durchgeführt werden, müsste verstärkt der Kampf gegen den Import von Dopingsubstanzen aufgenommen werden, da insbesondere im Bereich der Body-BUILDER Doping verwendet werde.

#### 4.1.11 Solothurn

Der Kanton Solothurn unterstützt den vorbehaltlosen Beitritt aus Gründen der körperlichen Unversehrtheit von Menschen, der Glaubwürdigkeit des Sportes sowie der internationalen Zusammenarbeit. Es wird begrüsst, dass die Konvention keine Ausnahmeregel enthalte. Im weiteren wäre es wünschenswert, wenn der Bundesrat zu gegebener Zeit die Konvention über den Bereich des Human Doping hinaus auf Tierdoping ausweiten würde.

#### 4.1.12 Basel-Stadt

Der Kanton Basel-Stadt empfiehlt aus Gründen der Fairness im Sport und der Erhaltung der Gesundheit von Sporttreibenden einen vorbehaltlosen Beitritt zur Konvention. Es wird betont, dass Doping mit fairem Sport nicht vereinbar sei.

#### 4.1.13 Basel-Landschaft

Der Kanton Basel-Landschaft unterstützt vorbehaltlos den Beitritt zur Konvention. Es wird darauf hingewiesen, dass der Leistungs- und Wettkampfsport nach dem schweizerischen Sportkonzept vorwiegend nicht staatlich organisiert sei, und dass der SLS bereits ein Dopingstatut habe, das den Anforderungen



der Konvention entspreche. Es wird dazu festgehalten, dass sich der Bund an den Kosten der Dopingbekämpfung beteiligen müsste, da es sich bei der Dopingfrage nicht um ein rein sportliches, sondern eher um ein gesellschaftliches Problem handle.

#### 4.1.14 Schaffhausen

Der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen stellt fest, dass der Beitritt aus Gründen europäischer Zusammenarbeit wünschbar sei. Da, mit Ausnahme des Schulsports, der Sport in der Schweiz privatrechtlich organisiert sei, sei die Dopingbekämpfung Sache des SLS. Dessen jetziges Dopingstatut entspreche der vom Europarat vorgeschlagenen Konvention. Aus finanziellen und organisatorischen Gründen seien Dopingkontrollen bei "Sport für Alle" Veranstaltungen problematisch.

#### 4.1.15 Appenzell Ausserrhoden

Der Kanton Appenzell-Ausserrhoden hält fest, dass die Dopingbekämpfung in erster Linie durch privatrechtlich organisierte Verbände (SLS) durchgeführt werden sollte. Der Beitritt zur Konvention sei nicht notwendig oder höchstens aus Gründen europäischer Zusammenarbeit. Es wird erwähnt, dass Doping im weiteren Sinn ein gesellschaftliches Problem sei, das weit über den Sport hinausgehe. Dopingbekämpfung bei Hobby- und Fitnesssportlern müsse aus finanziellen, organisatorischen und persönlichkeitsrechtlichen Gründen nicht durch Kontrollen, sondern hauptgewichtig durch Erziehung und Aufklärung erfolgen.

#### 4.1.16 Appenzell Innerrhoden

Der Kanton Appenzell-Innerrhoden hat nach Prüfung der Unterlagen keine Bemerkungen anzubringen und möchte es dem Bund überlassen, in dieser Angelegenheit den richtigen Entscheid zu fällen.

#### 4.1.17 St. Gallen

Der Kanton St. Gallen begrüsst grundsätzlich den Beitritt. Einschränkend sei erwähnt, dass Fragen der innerstaatlichen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten bei der Weiterbearbeitung des Geschäfts näher zu prüfen seien. Dies gelte insbesondere für die Dopingbekämpfung bei Jugendlichen und Freizeitsportlern sowie bei wissenschaftlichen Arbeiten über Doping.

#### 4.1.18 Graubünden

Der Kanton Graubünden unterstützt den vorbehaltlosen Beitritt zur Konvention. Dies insbesondere aus Gründen eines gesunden Sportes und der europäischen Zusammenarbeit. Es wird erwähnt, dass der Sport in der Schweiz, mit Ausnahme des Sports in der Schule, privatrechtlich organisiert sei. Deshalb werde durch den SLS beträchtliche Mittel für die Dopingbekämpfung aufgewendet. Eventuelle zukünftige Dopingkontrollen bei "Sport für Alle" Veranstaltungen würden grosse finanzielle und organisatorische Probleme verursachen. Zukünftig sei ein finanzielles Engagement des Bundes für die Dopingbekämpfung unerlässlich, wobei ein diesbezüglicher Miteinbezug der Kantone nicht zur Diskussion stehen könne.

#### 4.1.19 Aargau

Der Regierungsrat des Kantons Aargau wünscht, dass die Schweiz aus Gründen der Gesundheit, Ethik und Fairness im Sport der Konvention vorbehaltlos beitrifft.

#### 4.1.20 Thurgau

Der Kanton Thurgau wünscht einen vorbehaltlosen Beitritt zur Konvention. Im vorwiegend nicht staatlich organisierten Sportbetrieb in der Schweiz werde die Dopingbekämpfung durch den SLS wahrgenommen. Dessen Dopingstatut entspreche bereits weitgehend der Konvention. Es wird festgehalten, dass der Bund bei Beitritt, Beiträge an die Kosten der Dopingbekämpfung prüfen sollte.



#### 4.1.21 Waadt

Der Kanton Waadt begrüsst die vorbehaltlose Ratifizierung der Konvention durch die Schweiz. Es wird erwähnt, dass der Kanton Waadt Anstrengungen unternimmt, ein akkreditiertes Labor aufzubauen. Gemäss Artikel 5a der Konvention solle der Bund nach dessen Akkreditierung finanzielle Unterstützung daran leisten. Im weiteren sollten die Sportorganisationen bei der Dopingbekämpfung unterstützt werden. Bei Erziehungsmassnahmen müsste eine engere Zusammenarbeit zwischen Kanton und Bund erfolgen, wobei über diesbezügliche finanzielle Auswirkungen Auskunft gegeben werden sollte. Durch ein möglichst schnell zu realisierendes Grenzkontrollgesetz für Heilmittel solle versucht werden, Doping in Fitness- und Bodybuilder-Zentren einzuschränken.

#### 4.1.22 Wallis

Der Kanton Wallis begrüsst den vorbehaltlosen Beitritt zur Konvention. Sie sei ein wichtiger Schritt in Richtung gesunder Sport, ohne dass in die verfassungsmässige und politische Situation der Schweiz eingegriffen würde.

#### 4.1.23 Neuenburg

Der Kanton Neuenburg bejaht den vorbehaltlosen Beitritt zur Konvention. Es wird erwähnt, dass der SLS bereits ein befriedigendes System der Dopingkontrollen entwickelt habe. Die erneute Gründung eines schweizerischen Dopinglabors sollte in Betracht gezogen werden. Es wird auf die Schwierigkeit hingewiesen, dass eigentlich Kontrollen bei "Sport für Alle" Veranstaltungen durchgeführt werden sollten, die Grenze zwischen erlaubten und unerlaubten Hilfsmitteln aber stets schwierig zu ziehen seien.

#### 4.1.24 Genf

Der Kanton Genf begrüsst den Beitritt zur Konvention. Er betont, dass Doping der Feind Nummer eins des Sportes sei, und dass der SLS bereits seit längerer

Zeit Doping bekämpfe. Die Konvention berücksichtige die verfassungsmässigen Möglichkeiten. Die Wichtigkeit des Sports für die Gesundheit, die Erziehung sowie für die internationale Verständigung werde hervorgehoben. Der Kanton Genf bekräftigt, dass es unumgänglich sei, verstärkt Erziehungs- und Aufklärungsmassnahmen zu ergreifen. Dies insbesondere im Hinblick auf Jugendliche und Freizeitsportler, die durch das Dopingstatut des SLS nicht erfasst würden. Er wünscht über diesbezüglich bereits ergriffene Massnahmen in der Schweiz orientiert zu werden. Es wäre begrüssenswert, wenn die zukünftige Politik in Erziehung und Aufklärung festgelegt und umrissen werden könnte.

#### 4.1.25 Jura

Der Kanton Jura wünscht den vorbehaltlosen Beitritt aus Gründen der Internationalisierung und Harmonisierung der Dopingbekämpfung.

## 4.2 Parteien

### 4.2.1 Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)

Die FDP stimmt dem Beitritt der Konvention aus Gründen der gesamteuropäischen Koordination zu. Nach ihrer Auffassung sollte das sportliche Engagement jedes Einzelnen sowie die Tätigkeit der Vereine generell privatrechtlich geregelt bleiben. Für einen glaubwürdigen Kampf gegen Doping seien die entsprechenden Stellen aber auf eine finanzielle Unterstützung des Bundes angewiesen. Es sei sinnvoll, wenn diese Unterstützung an den SLS erfolge, da sich dessen Dopingkontrollen bereits bewährt haben.

### 4.2.2 Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP)

Die CVP weist darauf hin, dass bereits in ihren Sportthesen vom Januar 1990 beschlossen wurde, dass die Schweiz der Konvention des Europarates zur Bekämpfung des Dopings beitreten sollte. Die CVP vermisst im erläuternden Bericht die Auflistung der Massnahmen, die die Schweiz nach der Ratifizierung der Konvention im Inland zu treffen habe sowie die Beurteilung der finanziellen Konsequenzen, die der Beitritt verursachen würde. Dies sollte bei der



Botschaft durch den Bundesrat nachgeholt werden. Zu einzelnen Artikeln der Konvention nimmt die CVP wie folgt Stellung:

- Der Begriff "regelmässig" in Artikel 2, Absatz 1, Buchstabe c solle durch die Schweiz als "mindestens zwölfmal" interpretiert werden.
- Artikel 3, Absatz 2: Der SLS solle weiterhin mit der Aufgabe der Dopingkontrolle betraut werden.
- Artikel 4, Absatz 3 Buchstabe a: Wenn dem SLS die Aufgabe der Dopingkontrolle überlassen werde, müsse sich der Bund an den entsprechenden Kosten beteiligen.
- Artikel 5, Absatz 1 Buchstaben a und b: Die Dopinganalytik werde zur Zeit in Köln durchgeführt. Am Gerichtsmedizinischen Institut der Universität Lausanne seien Bestrebungen im Gange, ein vom Internationalen Olympischen Comité akkreditiertes Labor aufzubauen. Sofern dieses Labor nicht zu marktüblichen Preisen kostendeckend betrieben werden könne, sehe die CVP keinen objektiven Grund, wieso die Schweiz unter Inkaufnahme hoher Kosten ein eigenes Labor betreiben sollte.
- Artikel 6: Der Bund solle die Führung einer breit angelegten Informations- und Erziehungskampagne in Zusammenarbeit mit Fachleuten aus dem Sportbereich übernehmen.
- Artikel 10, Absatz 2: Die beobachtende Begleitgruppe sollte aus 2 Mitgliedern (1 Mitglied des Bundes, 1 Mitglied aus dem Sport) bestehen.

#### 4.2.3 Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS)

Die SPS wünscht einen Beitritt zur Konvention. Sie geht davon aus, dass dadurch die Dopingkontrollen, die bisher privatrechtlich organisiert waren, dem öffentlichen Recht unterstehen werden. Da das Dopingstatut des SLS aber bereits weitgehend der Konvention entspreche, werde sich an der konkreten Dopingbekämpfung nichts ändern. Die SPS wünscht, dass der Bund in den folgenden Punkten Einfluss auf die Konvention nimmt:

- Doping beschränke sich nicht nur auf den Bereich des Sports. Der Bund solle demzufolge bewirken, dass eine Konvention ausgearbeitet werde, welche alle Lebensbereiche, wo Doping eine Rolle spielt, berücksichtige.
- Auch in Schule und im Bereich der Arbeit müsste der nach wie vor dominante Leistungsbegriff abgebaut und durch mehr Fairness, Kooperation, Verantwortungsbewusstsein und Selbständigkeit ersetzt werden.

- Der Bund solle besonderes Gewicht auf die Aufklärung und Information über Doping legen. Dies sei ein Bereich der gesamten Suchtprophylaxe. Ein gesunder und fairer Sport habe eine wichtige Aufgabe für eine umfassende Gesundheits-, Umwelts- und Friedenserziehung.
- Sportwissenschaftliche Studien seien ein wichtiges Element zur Bekämpfung des Dopings. Der Bundesrat solle sich dafür einsetzen, dass diesbezügliche europäische Studien durchgeführt und deren Resultate regelmässig publiziert werden.

#### 4.2.4 Schweizerische Volkspartei (SVP)

Die SVP unterstützt einen Beitritt vorbehaltlos. Die Schweiz solle sich dafür einsetzen, dass international griffige Dopingbestimmungen durchgesetzt werden können. Mit den einzelnen Bestimmungen der Konvention erklärt sich die SVP grundsätzlich einverstanden. Zu Artikel 7, Absatz 2, Buchstabe d wird angeregt, dass als internationale Rekursinstanz bei Dopingfällen, das Tribunal arbitral des IOC beigezogen werden sollte. Ausserdem sollte der SLS weiterhin mit der Dopingbekämpfung beauftragt werden.

#### 4.2.5 Liberale Partei der Schweiz (LPS)

Die LPS befürwortet einen vorbehaltlosen Beitritt zur Konvention. Wie die Konvention festhalte, spiele der Sport eine wichtige Rolle zum Schutz der Gesundheit, in der Erziehung und selbst in der internationalen Verständigung. Die LPS beschreibt Doping als Feind Nummer eins des Sports und betont die Wichtigkeit dessen verstärkter Bekämpfung. In der Schweiz sei der privatrechtliche SLS für die Dopingbekämpfung zuständig.

#### 4.2.6 Landesring der Unabhängigen (LDU)

Der LDU verzichtet auf eine Stellungnahme.



### 4.3 Verbände

#### 4.3.1 Schweizerischer Landesverband für Sport (SLS)

Der SLS ist grundsätzlich damit einverstanden, dass die Schweiz der Konvention vorbehaltlos beitrifft. Er betont, dass bereits 1969 ein erstes Dopingreglement erlassen wurde, das seither regelmässig den neusten Gegebenheiten angepasst wurde. Das 1989 verabschiedete Dopingstatut sehe, neben Veranstaltungskontrollen durch die Verbände, überraschende Systemkontrollen des SLS bei Wettkämpfen sowie Kontrollen ausserhalb der Wettkämpfe vor. Es fände auch internationale Anerkennung. Es erscheine sinnvoll, dass die Dopingbekämpfung weiterhin beim SLS bleibe. Die Schweiz solle sich zur Wahrung der Chancengleichheit für griffigere Massnahmen und Kontrollen auch in anderen Ländern einsetzen. Zu einzelnen Punkten der Konvention wird wie folgt Stellung genommen:

- Artikel 4, Absatz 3, Buchstabe a: Die Kosten des SLS für die Dopingkontrollen betragen zur Zeit jährlich ca. Fr. 600'000.--. Es wird erwartet, dass der Bund sich nach dem Beitritt zur Konvention in Zukunft wesentlich an diesen Kosten beteiligt.
- Artikel 5, Absatz 1, Buchstaben a und b: Es wird festgehalten, dass die Dopingsanalysen zur Zeit in Köln durchgeführt werden. Am Gerichtsmedizinischen Institut der Universität Lausanne seien gegenwärtig Bestrebungen im Gange, ein vom IOC akkreditiertes Labor aufzubauen. Grundsätzlich werde der SLS seine Analysen in Zukunft in Lausanne durchführen lassen, wenn das Labor den technischen Voraussetzungen genüge und die Kosten im Rahmen der in Europa üblichen Ansätze liegen.
- Artikel 6: Der SLS wünscht eine breit angelegte Informations- und Erziehungskampagne unter Führung des Bundes in Zusammenarbeit mit Fachleuten aus dem Sport- und Erziehungsbereich.
- Artikel 7, Absatz 2, Buchstabe d: Der SLS regt an, dass Rekurse gegen Dopingentscheide international an das Tribunal arbitral des IOC gelangen sollten.
- Artikel 10, Absatz 2: Für die Vertretung der Schweiz in der beobachtenden Begleitgruppe schlägt der SLS 2 Mitglieder (eines der staatlichen Institution und eines des SLS) vor.

Der SLS wünscht ferner, bei Beitritt zur Konvention, eine ad hoc Experten- gruppe zu bilden, welche die Einzelheiten der Zusammenarbeit zwischen dem

Bund und dem SLS erarbeiten und anschliessend im Auftrag des Bundesrates die notwendigen Schritte zu deren Realisierung einleiten sollte.

#### 4.4 Interkantonale Organisationen

##### 4.4.1 Interkantonale Kontrollstelle für Heilmittel (IKS)

Grundsätzlich begrüsst die IKS den vorbehaltlosen Beitritt zur Konvention. Insbesondere wird hervorgehoben, dass die vorgesehene Zusammenarbeit und gemeinsame Verantwortung von privaten Sportorganisationen und staatlichen Stellen stattfinden sollte. Auch wird festgehalten, dass Artikel 1 bestimme, dass die notwendigen Massnahmen innerhalb der Grenzen der jeweiligen verfassungsrechtlichen Möglichkeiten zu ergreifen seien. Deshalb werde auch die bestehende innerstaatliche Kompetenzordnung im Bereich der Heilmittelkontrolle nicht in Frage gestellt. Die von der Konvention in Artikel 4, Absatz 1 geforderte Einschränkung der Verfügbarkeit von Dopingmitteln werde zur Zeit in einer interdisziplinär zusammengesetzten Arbeitsgruppe im Rahmen eines Entwurfes zu einem Grenzkontrollgesetz für Heilmittel geprüft. Begrüsst wird ferner die gemäss Artikel 7, Absatz 2, Buchstabe d der Konvention geforderten, rechtsstaatlichen Grundsätzen genügenden, Disziplinarverfahren.

#### 4.5 Andere Organisationen

##### 4.5.1 Nicht formell zur Vernehmlassung eingeladene Organisationen

Zwei nicht formell zur Vernehmlassung eingeladene Organisationen äusserten sich mehrheitlich dahingehend, dass die Schweiz der Konvention beitreten sollte. Dies hauptsächlich aus grundsätzlicher Übereinstimmung mit den Zielen der Konvention oder aus Gründen der europäischen Zusammenarbeit.



## Liste der Teilnehmer am Vernehmlassungsverfahren

---

### KANTONE

alle, ausser Tessin

### PARTEIEN

Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)

Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP)

Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS)

Schweizerische Volkspartei (SVP)

Libérale Partei der Schweiz (LPS)

Landesring der Unabhängigen (LDU)

### VERBÄNDE

Schweizerischer Landesverband für Sport (SLS)

### INTERKANTONALE ORGANISATIONEN

Interkantonale Kontrollstelle für Heilmittel (IKS)

## Convention du Conseil de l'Europe contre le dopage

### Résultat de la procédure de consultation

---

#### 0 Introduction

La Convention du Conseil de l'Europe contre le dopage est ouverte à la signature depuis le 16 novembre 1989. Fin septembre 1991, onze pays l'avaient ratifiée et 12 autres, dont la Suisse, l'avaient signée. Elle est entrée en vigueur le 1er mars 1990.

Une procédure de consultation a été engagée cet été auprès des cantons, des partis politiques et des organisations et fédérations intéressées. Il s'agissait de connaître leur position face à une possible ratification de la Convention par la Suisse, et dans l'affirmative, s'il s'agissait d'y apporter des réserves ou des explications interprétatives. Ceci constitue le résultat de cette procédure de consultation.

#### 1 Résultat d'ensemble

Toutes les parties consultées se sont exprimées en faveur de l'adhésion de la Suisse à la Convention. Le résultat de la procédure est sans équivoque, bien que les arguments invoqués en faveur de l'adhésion n'aient pas toujours été les mêmes, ou que certaines critiques isolées aient été formulées. Quelques-uns des arguments et considérations sont présentés ci-après sans qu'ils ne modifient en rien la belle unanimité des prises de position en faveur de la Convention.



## 2 Arguments en faveur de l'adhésion

### 2.1 Arguments d'ordre général

Dans les réponses qui ont été données, trois arguments majeurs plaident en faveur d'une adhésion à la Convention:

- Le dopage est un problème très sérieux posé au sport et à notre société. Un sport développé sur des bases saines et sur l'idée de fair-play devient un exemple à suivre pour la jeunesse, contribue à l'amélioration de la santé de la population et favorise une meilleure compréhension entre les peuples. Le dopage doit être combattu par tous les moyens, au niveau national comme au niveau international. La Convention est un instrument propre à coordonner et harmoniser la lutte antidopage.
- La Convention est le fruit d'une collaboration entre Etats au niveau européen. L'adhésion représente donc un acte de solidarité envers les autres pays membres du Conseil de l'Europe.
- Le texte de la Convention respecte les dispositions légales en vigueur dans les pays signataires. Elle souligne les responsabilités complémentaires des organismes régis par le droit public et ceux régis par le droit privé dans la lutte contre le dopage et ne remet pas en question le "Concept du sport suisse". L'Association suisse du sport (ASS), organisation régie par le droit privé, pourra ainsi continuer d'assumer la fonction d'organe exécutif dans la lutte contre le dopage.

### 2.2 Points particuliers

#### 2.2.1 Répartition des responsabilités

Une grande majorité des réponses salue l'accent mis, dans la Convention, sur la collaboration entre organisations sportives à caractère privé et organismes d'Etat. Il a été souhaité que l'ASS continue, comme jusqu'à présent, d'être chargée des mesures de contrôle antidopage, et qu'elle soit dorénavant dédommée en conséquence par la Confédération. Il a été proposé à plusieurs reprises que la Confédération joue un rôle

accru dans la direction et la coordination des indispensables mesures annexes d'information et d'éducation.

### 2.2.2 Le groupe de suivi

Plusieurs réponses proposent que le groupe de suivi se compose d'un représentant des organisations sportives et d'un représentant de la Confédération.

## 3. Critiques

### 3.1 Critiques d'ordre général

Certaines réponses ont fait remarquer que les contrôles antidopage incombent, en Suisse, à l'ASS et qu'il n'y a aucune raison objective d'adhérer à la Convention puisque le statut en matière de dopage que l'ASS s'est donné en novembre 1989 correspond déjà dans une large mesure aux prescriptions de la Convention.

### 3.2 Critiques de points particuliers

#### 3.2.1 Contrôles antidopage lors de manifestations de Sport pour Tous

Dans certaines réponses, on estime que d'éventuels contrôles antidopage lors de manifestations de Sport pour Tous ne sont guère envisageables car ils poseraient de nombreux problèmes juridiques, financiers, et d'organisation.

#### 3.2.2 Conséquences financières

Dans certaines réponses, on déplore que le rapport explicatif ne donne pas d'informations quant aux éventuelles implications financières qu'entraînerait une adhésion à la Convention. Certains cantons refusent d'envisager une participation aux coûts.



### 3.2.3 Abus d'agents dopants de sportifs "de loisirs" ou de fitness

L'article 4, 1er al. de la Convention demande une limitation de la disponibilité d'agents de dopage. Dans certaines réponses, on signale qu'il n'y a pas de disposition légale correspondante en vigueur en Suisse. Il serait nécessaire de légiférer en matière d'importation de tels produits afin de lutter contre les abus d'agents dopants par des sportifs de loisirs ou de fitness, qui échappent à la réglementation sur le dopage élaborée de manière statutaire par l'ASS.

## 4. Réponses individuelles

### 4.1 Cantons

#### 4.1.1 Zurich

Le canton de Zurich approuve une adhésion sans réserves à la Convention, notamment pour des raisons de santé publique (fonction d'exemple du sport de haut niveau), de collaboration internationale (sur le plan scientifique, p. ex.) et de coordination (dans le cas de sanctions à appliquer lors d'abus d'agents dopants). L'ASS devrait continuer à être chargée de la lutte contre le dopage. L'Etat devrait plutôt inciter que contraindre les organisations sportives responsables à agir. La Confédération devrait assumer ses tâches directrices dans la lutte antidopage dans le groupe de suivi du Conseil de l'Europe. Elle participera éventuellement au financement des frais de l'ASS.

#### 4.1.2 Berne

Le canton de Berne soutient l'adhésion à la Convention. L'ASS devrait être chargée de l'application concrète des mesures qui deviendraient nécessaires et devrait être, à cet égard, soutenue financièrement par la Confédération. La lutte antidopage dans le cadre de manifestations de Sport pour Tous serait fortement limitée par des problèmes d'ordre juridique, financier et d'organisation.

#### 4.1.3 Lucerne

Le canton de Lucerne se prononce en faveur d'une adhésion sans réserves à la Convention, en raison de la haute valeur pédagogique du sport d'une part, et pour des considérations de la santé publique, d'autre part.

#### 4.1.4 Uri

Le canton d'Uri estime que l'adhésion sans réserves de la Suisse à la Convention représente un progrès dans la lutte contre le dopage.

#### 4.1.5 Schwyz

Le canton de Schwyz approuve l'adhésion sans réserves à la Convention en raison de l'importance que revêt le sport dans notre société et du rôle qu'il a à jouer dans l'amélioration de la santé de la population. La lutte contre le dopage demande une étroite collaboration entre instances étatiques et civiles.

#### 4.1.6 Obwald

Le canton d'Obwald approuve l'adhésion à la Convention, bien qu'elle ne prévoie pas de sanctions juridiques communes contre l'abus de substances dopantes.

#### 4.1.7 Nidwald

Le Conseil d'Etat du canton de Nidwald se prononce en faveur d'une adhésion sans réserves à la Convention.

#### 4.1.8 Glaris

Le canton de Glaris approuve l'adhésion à la Convention uniquement parce que cette dernière constitue un premier pas dans le sens d'une collaboration au niveau européen. D'un point de vue objectif, il ne serait pas nécessaire d'y adhérer, puisque l'ASS se charge déjà de la lutte antidopage. En outre, les contrôles antidopage ne peuvent pas être menés à bien lors de manifestations de Sport pour Tous, car ils soulèveraient des problèmes financiers et d'organisation difficilement surmontables. La Confédération devrait s'engager à ce que la ratification de la Convention ne représente pas de charges financières supplémentaires pour les cantons.



#### 4.1.9 Zoug

Le canton de Zoug approuve l'adhésion à la Convention. La Convention est l'instrument adéquat d'une harmonisation des procédures et méthodes de contrôle au niveau européen. Il n'y a pas lieu d'émettre des réserves, étant donné que l'Article 1 de la Convention précise que la législation interne des Etats signataires ne sera en rien limitée.

#### 4.1.10 Fribourg

Le canton de Fribourg n'a pas d'objection à formuler au sujet de l'adhésion de la Suisse à la Convention. Si des contrôles ont déjà lieu lors de compétitions d'un certain niveau, la Confédération devrait renforcer la lutte contre l'importation de substances non enregistrées, dont l'utilisation est largement répandue, notamment dans les milieux culturistes.

#### 4.1.11 Soleure

Le canton de Soleure soutient une adhésion sans réserves à la Convention, qui permet d'oeuvrer en vue de protéger l'intégrité physique de l'être humain, de préserver la crédibilité du sport et de développer la collaboration internationale. On salue le fait que la Convention ne prévoit aucun article d'exception. En outre, il serait souhaitable que le Conseil fédéral étende en temps voulu la portée de la Convention également aux problèmes de dopage d'animaux.

#### 4.1.12 Bâle-Ville

Le canton de Bâle-Ville recommande, pour des raisons de fair-play - le dopage n'étant pas conciliable avec un sport loyal - et afin de préserver la santé des sportifs, une adhésion sans réserves à la Convention.

#### 4.1.13 Bâle-Campagne

Le canton de Bâle-Campagne soutient sans réserves l'adhésion de la Suisse à la Convention. D'après le "Concept du sport suisse", le sport de compétition et de haut niveau n'est pas organisé sur des bases étatiques. D'autre part, l'ASS a déjà un statut, en matière de dopage, qui lui permet de répondre aux

exigences fixées par la Convention. La Confédération devrait participer au financement des frais occasionnés par la lutte contre le dopage, étant donné que la question du dopage n'est pas restreinte au sport uniquement mais concerne, en fait, la société dans son ensemble.

#### 4.1.14 Schaffhouse

Le Conseil d'Etat du canton de Schaffhouse est d'avis que l'adhésion de la Suisse est souhaitable pour des questions de collaboration européenne. Le domaine de la lutte antidopage est du ressort de l'ASS, puisque le sport est organisé, à l'exception du sport scolaire, sur les bases du droit privé en Suisse. Le statut en matière de dopage de l'ASS correspond à la Convention proposée par le Conseil de l'Europe. Les contrôles antidopage à l'occasion de manifestations de Sport pour Tous reste problématique pour des questions de financement et d'organisation.

#### 4.1.15 Appenzell Rhodes-Extérieures

Le canton d'Appenzell Rhodes-Extérieures insiste sur le fait que la lutte contre le dopage relève en premier lieu d'organisations (ASS) relevant du droit privé. L'adhésion à la Convention n'est pas nécessaire et se justifie tout au plus pour des questions de collaboration européenne. Le dopage, pris dans une acception large, constitue un problème de société qui dépasse considérablement le domaine du sport. Pour des questions de financement, d'organisation et de droit de la personne, une politique de lutte contre le dopage auprès de sportifs de loisirs ou de culturistes ne saurait être appliquée par des contrôles, et ne peut être envisagée que par l'éducation et l'information des milieux concernés.

#### 4.1.16 Appenzell Rhodes-Intérieures

Après examen des documents remis, le canton d'Appenzell Rhodes-Intérieures n'a pas de remarques particulières à formuler et laisse à la Confédération le soin de prendre la décision la meilleure.



#### 4.1.17 Saint-Gall

Le canton de Saint-Gall approuve en principe l'adhésion à la Convention. Il faudrait toutefois que la question de l'effort des compétences et des responsabilités sur le plan intérieur soit examinée de plus près, particulièrement en ce qui concerne la lutte antidopage auprès des jeunes et des sportifs de loisirs d'une part, ainsi que des travaux de recherche scientifique relatifs au dopage, d'autre part.

#### 4.1.18 Grisons

Le canton des Grisons soutient l'adhésion sans réserves à la Convention, particulièrement dans l'optique d'un sport sain et du développement de la collaboration à un niveau européen. Le sport est organisé, à l'exception du sport scolaire, sur les bases du droit privé en Suisse. C'est pourquoi des moyens considérables sont mis en oeuvre par l'ASS afin de lutter contre le dopage. D'éventuels contrôles lors de manifestations de Sport pour Tous susciterait de grands problèmes financiers et d'organisation. A l'avenir, il sera indispensable que la Confédération soutienne financièrement la lutte contre le dopage. Par contre, il est exclu que les cantons en fassent de même.

#### 4.1.19 Argovie

Le Conseil d'Etat du canton d'Argovie souhaite une adhésion sans réserves de la Suisse à la Convention, et ce pour des considérations de santé, d'éthique et de fair-play dans le sport.

#### 4.1.20 Thurgovie

Le canton de Thurgovie se prononce en faveur d'une adhésion sans réserves à la Convention. En Suisse, pays où le sport n'est pas principalement organisé sur des bases étatiques, la lutte antidopage est l'affaire de l'ASS. Le statut qu'elle s'est donné en cette matière satisfait dans les grandes lignes aux exigences fixées par la Convention. La Confédération devrait, en cas d'adhésion, examiner la possibilité d'allouer des subsides aux coûts provoqués par la lutte antidopage.

#### 4.1.21 Vaud

Le gouvernement vaudois approuve sans réserves la ratification de la Convention par la Suisse. Il tient à rappeler l'effort particulier qu'il fait en matière de lutte contre le dopage en permettant la mise sur pied d'un laboratoire d'analyses antidopage, qui, s'il est accrédité officiellement, devrait pouvoir bénéficier d'une aide financière de la Confédération, ainsi que le suggère l'article 5a de la Convention. D'une manière générale, il faut soutenir les organisations sportives dans leur lutte contre le dopage. L'aspect éducatif de la lutte antidopage justifie, quant à lui, une collaboration plus étroite entre la Confédération et les cantons. A cet égard, il faudrait que soient étudiées les répercussions financières impliquées par l'application de la Convention en Suisse. Une élaboration rapide de la loi sur le contrôle des médicaments aux frontières devrait permettre de mettre un frein au dopage dans les centres de fitness et de culturisme.

#### 4.1.22 Valais

Le canton du Valais est favorable à l'adhésion de la Suisse à la Convention, qui constitue un pas important vers une pratique saine du sport sans attenter aux dispositions constitutionnelles et politiques de la Suisse.

#### 4.1.23 Neuchâtel

Le canton de Neuchâtel n'émet pas de réserves particulières en ce qui concerne l'adhésion de la Suisse à la Convention. L'ASS a développé un système de contrôle qui donne aujourd'hui satisfaction. Il serait opportun d'envisager la création d'un nouveau laboratoire spécialisé en Suisse. Il est regrettable de ne pouvoir pratiquer certains contrôles lors d'activités de Sport pour Tous. Il y aura en effet toujours des difficultés pour tracer la limite entre produits permis et interdits.

#### 4.1.24 Genève

Le canton de Genève recommande l'adhésion sans réserves de la Suisse à la Convention. Le dopage est aujourd'hui "l'ennemi numéro un" du sport et l'ASS combat depuis fort longtemps ce fléau. La Convention respecte les dispositions



constitutionnelles de chaque pays signataire. Le sport a un rôle important à jouer dans la protection de la santé, dans l'éducation physique et morale de même que dans la promotion de l'entente internationale. Il est d'autant plus indispensable de mettre sur pied des programmes éducatifs et des campagnes d'information et de prévention que les jeunes qui ne pratiquent pas la compétition et les sportifs dits "de loisirs" échappent à la réglementation sur le dopage élaboré de façon statutaire par l'ASS. Le Conseil fédéral devrait procéder à une information sur les mesures déjà existantes en Suisse dans le domaine de la lutte contre le dopage. Il serait également souhaitable qu'il expose dans les grandes lignes la politique qu'il entend développer à l'avenir, tant en ce qui concerne les contrôles antidopage qu'en ce qui concerne l'éducation et la prévention en matière de dopage.

#### 4.1.25 Jura

Le canton du Jura approuve sans réserves l'adhésion de la Suisse à la Convention, car la lutte contre le dopage se doit de faire l'objet d'une collaboration efficace et harmonieuse entre les pays d'Europe.

## 4.2 Les partis politiques

### 4.2.1 Parti radical-démocratique (PRD)

Le PRD approuve l'adhésion à la Convention, adhésion qui permettra de coordonner la lutte contre le dopage sur le plan européen. La pratique sportive de l'individu, ainsi que l'activité des clubs devraient rester, de manière générale, régies par le droit privé. Cependant, une politique crédible de lutte antidopage ne peut être mise sur pied que si les organes responsables, et en particulier l'ASS, dont les contrôles en matière de dopage donnent satisfaction, sont soutenus financièrement par la Confédération.

### 4.2.2 Parti démocrate-chrétien suisse (PDC)

Le PDC fait remarquer qu'il avait déjà défendu, en janvier 1990, l'idée de l'adhésion de la Suisse à la Convention du Conseil de l'Europe dans ses thèses consacrées au sport. Le PDC

regrette que le rapport explicatif n'ait pas abordé la questions des mesures et des conséquences financières qu'impliquerait la ratification de la Convention. Le Conseil fédéral devrait traiter explicitement de ces points dans le futur message. Le PDC prend position sur les différents articles de la Convention de la manière suivante:

- Article 2, 1er al., let. c): la Suisse devrait comprendre "habituellement" dans le sens de "au moins douze fois".
- Article 3, 2e al.: les contrôles antidopage doivent être confiés, comme jusqu'à présent, à l'ASS.
- Article 4, 3e al., let. a): si les contrôles antidopage restent l'affaire de l'ASS, la Confédération devra participer aux frais qui en résultent.
- Article 5, 1er al., let. a) et b): l'analyse des contrôles antidopage s'effectue actuellement à Cologne. Des efforts sont entrepris à l'Institut médico-légal de l'Université de Lausanne en vue de la mise sur pied d'un laboratoire accrédité par le Comité international olympique. Dans la mesure où ce laboratoire ne peut couvrir ses dépenses en pratiquant les prix du marché, le PDC ne voit aucune raison objective à ce que la Suisse exploite son propre laboratoire à des coûts trop élevés.
- Article 6: la Confédération devrait se charger d'une vaste campagne d'information et d'éducation en collaboration avec des spécialistes issus des milieux du sport.
- Article 10, 2e al.: le groupe de suivi devrait se composer de deux membres (1 représentant de la Confédération, 1 représentant du monde sportif).

#### 4.2.3 Parti socialiste suisse (PSS)

Le PSS souhaite l'adhésion à la Convention. Ainsi, les contrôles, qui relevaient jusqu'à présent du domaine du droit privé, seraient maintenant soumis au droit public. Cela ne changera pas grand-chose dans les faits, puisque le statut que s'est conféré l'ASS en matière de dopage correspond, pour une large mesure, aux exigences fixées par la Convention. Le PSS souhaite que la Confédération influence la Convention sur les points suivants:



- Le dopage n'est pas spécifique du monde du sport. Pour cette raison, la Confédération devrait agir pour qu'une convention prenant en compte tous les domaines de la vie dans lesquels le dopage intervient sous une forme ou une autre soit élaborée.
- Que ce soit à l'école, ou encore dans le monde du travail, le principe dominant de performance doit perdre de son importance et être peu à peu remplacé par des notions telles que fair-play, coopération, sens des responsabilités et autonomie.
- La Confédération devra porter une attention particulière à l'information et à l'éducation en matière de dopage. En effet, c'est un domaine de la prévention globale de la toxicomanie qui ne saurait être négligé. Un sport sain et loyal joue un rôle important dans l'éducation dans les domaines de la santé, de l'environnement et de la paix.
- La recherche scientifique dans le domaine du sport est un élément important de la lutte contre le dopage. Pour cette raison, le Conseil fédéral doit s'engager en faveur d'une recherche européenne dans ce domaine et de la publication régulière des résultats auxquels on serait parvenu.

#### 4.2.4 Union démocratique du centre (UDC)

L'UDC approuve sans réserves l'adhésion à la Convention et approuve fondamentalement les dispositions particulières de cette dernière. En ce qui concerne l'article 7, 2e al., let. d), il faudrait choisir le Tribunal arbitral du CIO comme instance de recours internationale. En outre, la lutte antidopage continuera de relever de l'ASS. La Suisse doit s'engager pour que des prescriptions en matière de dopage sévères soit admises sur le plan international.

#### 4.2.5 Parti libéral suisse (PLS)

Le PLS approuve une adhésion sans réserves à la Convention. Comme la Convention elle-même le souligne, le sport a un rôle important à jouer dans la protection de la santé, dans l'éducation morale et physique, de même que dans la promotion de l'entente internationale. Parce que le dopage reste l'"ennemi numéro un" du sport, la lutte entreprise pour

l'éliminer doit être encore intensifiée. En Suisse, cette dernière est le fait de l'ASS, organisme au bénéfice d'un statut de droit privé.

**4.2.6 Alliance des Indépendants (AdI)**  
L'AdI renonce à prendre position.

#### 4.3 Fédérations

**4.3.1 Association suisse du sport (ASS)**  
L'ASS approuve en principe l'adhésion sans réserves de la Suisse à la Convention et rappelle que le premier règlement en matière de dopage a été édicté en 1969 déjà et constamment réadapté. Le statut en matière de dopage que s'est donné l'ASS en 1989 prévoit, outre des contrôles par les fédérations respectives lors de compétitions, des contrôles inopinés de l'ASS lors de certaines manifestations ainsi que des contrôles extérieurs à la compétition. Ce statut est reconnu sur le plan international. Il serait judicieux que l'ASS continue à se charger de la lutte antidopage. La Suisse devrait saisir la possibilité offerte par la Convention pour imposer des mesures et des contrôles plus sévères dans d'autres pays également, de sorte à ce que l'égalité des chances entre athlètes de pays différents soit préservée. L'ASS prend position sur les points particuliers suivants:

- Art. 4, 3e al., let. a): les frais de l'ASS occasionnés par la lutte antidopage se montent actuellement à 600 000 fr. par an. On attend de la part de la Confédération, une fois qu'elle aura ratifié sa signature de la Convention, une participation importante à ces dépenses.
- Art. 5, 1er al., let. a) et b): les analyses antidopage sont actuellement effectuées à Cologne. Des efforts sont entrepris actuellement à l'Institut médico-légal de l'Université de Lausanne pour mettre sur pied un laboratoire accrédité par le CIO. En principe, l'ASS y enverrait ses échantillons, pour autant que le laboratoire satisfasse aux exigences techniques requises et que les coûts restent dans la moyenne européenne.



- Art. 6: l'ASS désire une vaste campagne d'éducation et d'information menée par la Confédération en collaboration avec des spécialistes des domaines du sport et de l'éducation.
- Art. 7, 2e al., let. d): l'ASS propose que les recours contre des décisions en matière de dopage soient tranchés, au niveau international, par le Tribunal arbitral du CIO.
- Art. 10, 2e al.: l'ASS propose que la Suisse soit représentée au sein du groupe de suivi par deux membres (un représentant d'une institution étatique, un membre de l'ASS).

De plus, l'ASS souhaite, dans le cas de l'adhésion à la Convention, former un groupe d'experts ad hoc mandaté par le Conseil fédéral afin de permettre et de mettre en oeuvre la collaboration entre la Confédération et l'ASS.

#### 4.4 Organisations intercantionales

##### 4.4.1 Office intercantonal de contrôle des médicaments (OICM)

En principe, l'OICM approuve l'adhésion sans réserves à la Convention. Il faudra que la collaboration prévue entre organisations de droit privé et organes d'Etat se concrétise et que tous assument leur part de responsabilité. L'article 1 précise que les mesures nécessaires seront prises dans les limites juridiques et constitutionnelles de chaque pays signataire. De la sorte, la répartition des compétences actuellement existantes ne sera pas remise en question en ce qui concerne le contrôle des médicaments. La question de la limitation de la disponibilité d'agents de dopage, que la Convention demande dans son article 4, 1er al., est actuellement examinée par un groupe de travail interdisciplinaire formé en marge du projet d'une loi de contrôle d'importation des médicaments. Les procédures disciplinaires devront respecter, comme le précise l'art. 7, 2e al., let. d), les principes de la justice reconnus au plan international.

## 4.5 Autres organisations

### 4.5.1 Organisations consultées de manière informelle

Deux organisations, invitées à se prononcer sur la ratification de la Convention de manière informelle, se sont globalement exprimées en faveur de l'adhésion de la Suisse, d'une part parce qu'elles approuvaient par principe les buts poursuivis par la Convention et que cette dernière contribuait au développement de la collaboration à un niveau européen, d'autre part.

Parti radical-démocratique (PRD)

Parti démocrate-chrétien (PDC)

Parti socialiste suisse (PSS)

Union démocratique du centre (UDC)

Parti libéral suisse (PLS)

Alliance des indépendants (AI)

FOURMATION

Association suisse du sport (ASS)

ORGANISATIONS INTERNATIONALES

Office international de contrôle des médicaments (OICM)



Liste des participants à la procédure de consultation

---

**CANTONS**

Tous, à l'exception du Tessin

**PARTIS**

Parti radical-démocratique (PRD)  
Parti démocrate-chrétien (PDC)  
Parti socialiste suisse (PSS)  
Union démocratique du centre (UDC)  
Parti libéral suisse (PLS)  
Alliance des indépendants (AdI)

**FEDERATIONS**

Association suisse du sport (ASS)

**ORGANISATIONS INTERCANTONALES**

Office intercantonal de contrôle des médicaments (OICM)

als die „Europäische Charta des Sports für Alle“, enthalten sind; eingedenk der von den internationalen Sportorganisationen angenommenen Vorschriften, Leitlinien und Erklärungen gegen Doping;

in Anbetracht dessen, daß staatliche Behörden und freiwillige Sportorganisationen einander ergänzende Verantwortung im Kampf gegen Doping im Sport tragen, insbesondere für die Gewähr, daß Sportveranstaltungen ordnungsgemäß und gestützt auf den Grundsatz des fairen Spiels durchgeführt werden, sowie für den Schutz der Gesundheit derjenigen, die an diesen Sportveranstaltungen teilnehmen;

in der Erkenntnis, daß diese Behörden und Organisationen zu diesem Zweck auf allen geeigneten Ebenen zusammenarbeiten müssen;

unter Hinweis auf die Entschliessungen über Doping, die von der Konferenz der für den Sport zuständigen europäischen Minister angenommen wurden, insbesondere unter Hinweis auf die Entschliessung Nr. 1, die auf der 6. Konferenz in Reykjavik angenommen wurde;

unter Hinweis darauf, daß das Ministerkomitee des Europarats bereits die Entschliessung (67) 12 über Doping von Sportlern, die Empfehlung Nr. R (79) 8 über Doping im Sport, die Empfehlung Nr. R (84) 19 über die Europäische Charta gegen Doping im Sport und die Empfehlung Nr. R (88) 12 über die Einrichtung nicht angekündigter Dopingkontrollen außerhalb von Wettkämpfen angenommen hat;

unter Hinweis auf die Empfehlung Nr. 5 über Doping, die von der 2. von der UNESCO veranstalteten Internationalen Konferenz der für den Sport und die Leibesziehung zuständigen Minister und Leitenden Beamten in Moskau (1988) angenommen wurde;

jedoch entschlossen, eine weitere und engere Zusammenarbeit zu verfolgen, die darauf gerichtet ist, Doping im Sport zu verringern und endgültig auszumerzen, wobei die in diesen Übereinkünften enthalte-

## EUROPARAT

### Übereinkommen gegen Doping

Straßburg

Stand: 1. Juli 1990

#### Präambel

Die Mitgliedstaaten des Europarats, die anderen Vertragsstaaten des Europäischen Kulturabkommens und die anderen Staaten, die dieses Übereinkommen unterzeichnen –

in der Erwägung, daß es das Ziel des Europarats ist, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herbeizuführen, um die Ideale und Grundsätze, die ihr gemeinsames Erbe sind, zu wahren und zu fördern und ihren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu erleichtern;

in dem Bewußtsein, daß Sport für die Erhaltung der Gesundheit, die geistige und körperliche Erziehung und die Förderung der internationalen Verständigung eine wichtige Rolle spielen soll;

besorgt über die zunehmende Anwendung von Dopingwirkstoffen und -methoden durch Sportler und Sportlerinnen im gesamten Sportbereich und die sich daraus ergebenden Folgen für die Gesundheit der Sportler und die Zukunft des Sports;

im Hinblick darauf, daß dieses Problem die ethischen Grundsätze und erzieherischen Werte gefährdet, die in der Olympischen Charta, in der Internationalen Charta der UNESCO für Sport und Leibesziehung und in der Entschliessung (76) 41 des Ministerkomitees des Europarats, auch bekannt

COUNCIL  
OF EUROPE

CONSEIL  
DE L'EUROPE





nen ethischen Werte und praktischen Maßnahmen als Grundlage dienen sollen – sind wie folgt übereingekommen:

#### **Artikel 1 Ziel des Übereinkommens**

Die Vertragsparteien verpflichten sich, im Hinblick auf die Verringerung und schließlich die endgültige Ausmerzung des Dopings im Sport innerhalb der Grenzen ihrer jeweiligen verfassungsrechtlichen Bestimmungen die für die Anwendung dieses Übereinkommens notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

#### **Artikel 2 Begriffsbestimmung und Geltungsbereich des Übereinkommens**

(1) Im Sinne dieses Übereinkommens  
a) bedeutet „Doping im Sport“, die Verabreichung pharmakologischer Gruppen von Dopingwirkstoffen oder Dopingmethoden an Sportler und Sportlerinnen oder die Anwendung solcher Wirkstoffe oder Methoden durch diese Personen;  
b) bedeutet „pharmakologische Gruppen von Dopingwirkstoffen oder Dopingmethoden“, vorbehaltlich des Absatzes 2, diejenigen Gruppen von Dopingwirkstoffen oder Dopingmethoden, die von den betreffenden internationalen Sportorganisationen verboten wurden und in Listen aufgeführt sind, welche nach Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe b von der beobachtenden Begleitgruppe bestätigt wurden;  
c) bedeutet „Sportler und Sportlerinnen“ die Personen, die regelmäßig an Sportveranstaltungen teilnehmen.

(2) Bis eine Liste der verbotenen pharmakologischen Gruppen von Dopingwirkstoffen und Dopingmethoden von der beobachtenden Begleitgruppe nach Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe b bestätigt wird, gilt die Bezugsliste im Anhang zu diesem Übereinkommen.

#### **Artikel 3 Innerstaatliche Koordinierung**

(1) Die Vertragsparteien stimmen die Politik und das Vorgehen ihrer Ministerien und anderer staatlicher Stellen, die sich mit der Bekämpfung des Dopings im Sport befassen, aufeinander ab.

(2) Sie sorgen dafür, daß dieses Übereinkommen praktische Anwendung findet und insbesondere die Vorschriften des Artikels 7 eingehalten werden, indem sie gegebenenfalls eine zu diesem Zweck bezeichnete staatliche oder nichtstaatliche, für den Sport zuständige Stelle oder eine Sportorganisation mit der Durchführung einiger Bestimmungen des Übereinkommens betrauen.

#### **Artikel 4 Maßnahmen zur Einschränkung der Verfügbarkeit und Anwendung verbotener Dopingwirkstoffe und Dopingmethoden**

(1) Die Vertragsparteien erlassen gegebenenfalls Gesetze, Vorschriften oder Verwaltungsmaßnahmen, um die Verfügbarkeit (einschließlich der Bestimmungen über die Kontrolle der Verbreitung, des Besitzes, der Einfuhr, der Verteilung und des Verkaufs) sowie die Anwendung verbotener Dopingwirkstoffe und -methoden im Sport und insbesondere anaboler Steroide einzuschränken.

(2) Zu diesem Zweck machen die Vertragsparteien beziehungsweise die betreffenden nichtstaatlichen Organisationen die Vergabe öffentlicher Fördermittel an Sportorganisationen davon abhängig, daß diese die Vorschriften gegen Doping wirksam anwenden.

(3) Die Vertragsparteien werden ferner  
a) ihre Sportorganisationen bei der Finanzierung von Dopingkontrollen und -analysen entweder durch unmittelbare Fördermittel oder Zuschüsse oder durch Anrechnung der Kosten solcher Kontrollen und Analysen bei der Festlegung der gesamten Fördermittel oder Zuschüsse, die diesen Organisationen zukommen sollen, unterstützen;  
b) angemessene Maßnahmen ergreifen, um die Vergabe öffentlicher Fördermittel

zum Zweck des Trainings an einzelne Sportler und Sportlerinnen, die wegen eines Dopingsverfahrens im Sport zeitweilig ausgeschlossen worden sind, für die Dauer des Ausschlusses zu versagen;

c) die Durchführung von Dopingkontrollen durch ihre nationalen Sportorganisationen, die von den betreffenden internationalen Sportorganisationen sowohl während als auch außerhalb der Wettkämpfe gefördert werden, fördern und, soweit angebracht, erleichtern;

d) den Abschluß von Vereinbarungen durch die Sportorganisationen fördern und erleichtern, wonach es erlaubt ist, ihre Mitglieder einem Test durch ordnungsgegemäß befugte Dopingkontrollgruppen anderer Länder unterziehen zu lassen.

(4) Die Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, von sich aus und in eigener Verantwortung Vorschriften gegen Doping zu erlassen und Dopingkontrollen durchzuführen, sofern diese mit den einschlägigen Grundsätzen dieses Übereinkommens vereinbar sind.

#### **Artikel 5 Laboratorien**

(1) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, a) in ihrem Hoheitsgebiet mindestens ein Dopingkontrolllaboratorium einzurichten oder dessen Einrichtung zu erleichtern, das geeignet ist, nach den Kriterien anerkannt zu werden, die von den betreffenden internationalen Sportorganisationen angenommen und von der beobachtenden Begleitgruppe nach Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe b bestätigt wurden, oder b) den Sportorganisationen dabei behilflich zu sein, zu einem solchen Laboratorium im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei Zugang zu erhalten.

(2) Diesen Laboratorien wird nahegelegt, a) geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um befähigte Mitarbeiter einzustellen, zu beschäftigen sowie aus- und fortzubilden; b) geeignete Forschungs- und Entwicklungsprogramme über die für Dopingzwecke im Sport verwendeten oder mutmaßlich verwendeten Dopingwirkstoffe und -methoden sowie über den Bereich der analyti-

schon Biochemie und Pharmakologie durchzuführen, um größere Kenntnisse über die Wirkung der verschiedenen Wirkstoffe auf den menschlichen Körper und die Folgen für die sportliche Leistung zu erlangen;  
c) neue Forschungsergebnisse schnell zu veröffentlichen und zu verbreiten.

#### **Artikel 6 Erziehung**

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den betreffenden Sportorganisationen und den Massenmedien, Erziehungsprogramme und Informationsfeldzüge auszuarbeiten und durchzuführen, in denen die Gesundheitsgefahren und die Schädigung der ethischen Werte durch Doping im Sport deutlich gemacht werden. Sie richten sich sowohl an junge Menschen in Schulen und Sportvereinen, als auch an deren Eltern und an erwachsene Sportler und Sportlerinnen, an Sportverantwortliche und -betreuer sowie an Trainer. Für die im medizinischen Bereich Tätigen wird in diesen Erziehungsprogrammen die Bedeutung hervorgehoben, die der Beachtung der medizinischen Ethik zukommt.

(2) Die Vertragsparteien verpflichten sich, in Zusammenarbeit mit den betreffenden regionalen, nationalen und internationalen Sportorganisationen Forschungsarbeiten zur Aufstellung physiologischer und psychologischer Lehrprogramme auf wissenschaftlicher Grundlage anzulegen und zu fördern, welche die Unversehrtheit des menschlichen Körpers achten.

#### **Artikel 7 Zusammenarbeit mit den Sportorganisationen bei den von ihnen zu ergreifenden Maßnahmen**

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, ihre Sportorganisationen und über diese die internationalen Sportorganisationen zu ermutigen, alle in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden geeigneten Maßnahmen gegen Doping im Sport auszuarbeiten und anzuwenden.



den, sind gegebenenfalls stichprobenartig auszuwählen;

b) Vereinbarungen mit Sportorganisationen anderer Länder zu treffen, wonach es erlaubt ist, die in einem anderen Land trainierenden Sportler und Sportlerinnen einem Test durch eine ordnungsgemäß befugte Dopingkontrollgruppe jenes Landes unterziehen zu lassen;

c) die Vorschriften über die Berechtigung zur Teilnahme an Sportveranstaltungen zu klären und aufeinander abzustimmen, darunter auch die Kriterien gegen Doping;

d) die aktive Teilnahme der Sportler und Sportlerinnen selbst am Kampf der internationalen Sportorganisationen gegen Doping zu fördern;

e) die in den in Artikel 5 vorgesehenen Laboratorien für Dopingsanalysen zur Verfügung stehenden Einrichtungen sowohl während als auch außerhalb der Wettkämpfe voll und wirksam zu nutzen;

f) wissenschaftliche Trainingsmethoden zu untersuchen und Richtlinien zu erarbeiten, um Sportler und Sportlerinnen jedes Alters entsprechend der einzelnen Sportart zu schützen.

#### Artikel 8 Internationale Zusammenarbeit

(1) Die Vertragsparteien arbeiten in den diesem Übereinkommen behandelten Anlässen eng zusammen und fördern eine ähnliche Zusammenarbeit zwischen ihren Sportorganisationen.

(2) Die Vertragsparteien verpflichten sich, a) ihre nationalen Sportorganisationen zu ermutigen, ihre Arbeit so zu gestalten, daß die Anwendung dieses Übereinkommens in allen internationalen Sportorganisationen, denen sie angeschlossen sind, gefördert wird, insbesondere durch die Weigerung, Weltrekorde oder regionale Rekorde anzuerkennen, wenn dabei kein beglaubigtes negatives Ergebnis eines Dopingtests vorliegt;

b) die Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitern ihrer aufgrund des Artikels 5 eingerichteten oder betriebenen Dopingkontrolllaboratorien zu fördern;

(2) Zu diesem Zweck regen sie an, daß ihre nationalen Sportorganisationen ihre entsprechenden Rechte, Pflichten und Aufgaben klar herausstellen und aufeinander abstimmen, insbesondere durch Abstimmung ihrer

a) Vorschriften gegen Doping mit den von den betreffenden internationalen Sportorganisationen vereinbarten Vorschriften;

b) Listen verbotener pharmakologischer Gruppen von Dopingwirkstoffen und verbotener Dopingmethoden mit den von den betreffenden internationalen Sportorganisationen vereinbarten Listen;

c) Dopingkontrollverfahren;

d) Disziplinarverfahren, wobei sie die international anerkannten Grundsätze der natürlichen Gerechtigkeit anwenden und die Achtung der Grundrechte verdächtiger Sportler und Sportlerinnen gewährleisten;

bei diesen Grundsätzen handelt es sich insbesondere um folgende:

i) die Meldestelle darf nicht gleichzeitig die Disziplinarstelle sein;

ii) die Betroffenen haben das Recht auf eine gerechte Verhandlung, auf Hilfe oder Vertretung;

iii) es müssen klare und durchsetzbare Bestimmungen über Rechtsmittel gegen ergangene Urteile gegeben sein;

e) Verfahren zur Verhängung wirksamer Strafen für Verantwortliche, Ärzte, Tierärzte, Betreuer, Physiotherapeuten und für andere Personen, die für Verletzungen der Vorschriften gegen Doping durch Sportler und Sportlerinnen verantwortlich oder daran beteiligt sind;

f) Verfahren zur gegenseitigen Anerkennung des Ausschlusses oder anderer Strafen, die von anderen Sportorganisationen im eigenen Land oder in anderen Ländern verhängt werden.

(3) Darüber hinaus ermutigen die Vertragsparteien ihre nationalen Sportorganisationen, a) in wirksamem Umfang Dopingkontrollen nicht nur bei, sondern auch ohne Ankündigung jederzeit außerhalb von Wettkämpfen vorzunehmen; diese Kontrollen sind in einer für alle Sportler und Sportlerinnen gleichen Art und Weise durchzuführen, und die Personen, die einem Test oder einem Wiederholungstest unterzogen wer-

e) die zweiseitige und mehrseitige Zusammenarbeit zwischen ihren zuständigen Stellen, Behörden und Organisationen in die Wege zu leiten, um auch auf internationaler Ebene die in Artikel 4 Absatz 1 genannten Ziele zu erreichen.

(3) Die Vertragsparteien, die über die nach Artikel 5 eingerichteten oder betriebenen Laboratorien verfügen, verpflichten sich, anderen Vertragsparteien behilflich zu sein, die für die Einrichtung eigener Laboratorien notwendigen Erfahrungen, Kenntnisse und Techniken zu erwerben.

#### Artikel 9 Weitergabe von Informationen

Jede Vertragspartei übermittelt dem Generalsekretär des Europarats in einer der Amtssprachen des Europarats alle einschlägigen Informationen über gesetzgeberische und sonstige Maßnahmen, die sie ergriffen hat, um den Bestimmungen dieses Übereinkommens gerecht zu werden.

#### Artikel 10 Beobachtende Begleitgruppe

(1) Für die Zwecke dieses Übereinkommens wird hiermit eine beobachtende Begleitgruppe eingesetzt.

(2) Jede Vertragspartei kann in dieser beobachtenden Begleitgruppe durch einen oder mehrere Delegierte vertreten sein. Jede Vertragspartei hat eine Stimme.

(3) Jeder in Artikel 14 Absatz 1 bezeichnete Staat, der nicht Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, kann in der Gruppe durch einen Beobachter vertreten sein.

(4) Die beobachtende Begleitgruppe kann auf einstimmigen Beschluß jeden Nichtmitgliedstaats des Europarats, der nicht Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, sowie jede einschlägige Sportorganisation oder andere Fachorganisation einladen, sich auf einer oder mehreren Sitzungen durch einen Beobachter vertreten zu lassen.

(5) Die beobachtende Begleitgruppe wird vom Generalsekretär einberufen. Ihre erste Sitzung findet so bald wie möglich statt,

in jedem Fall innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens. Danach tritt sie bei Bedarf auf Veranlassung des Generalsekretärs oder einer Vertragspartei zusammen.

(6) Die beobachtende Begleitgruppe ist beschlußfähig, wenn die Mehrheit der Vertragsparteien auf einer Sitzung vertreten ist.

(7) Die beobachtende Begleitgruppe tagt unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

(8) Die beobachtende Begleitgruppe gibt sich nach Maßgabe dieses Übereinkommens eine Geschäftsordnung.

#### Artikel 11

(1) Die beobachtende Begleitgruppe verfolgt die Anwendung dieses Übereinkommens. Sie kann insbesondere

a) die Bestimmungen des Übereinkommens laufend überprüfen und notwendige Änderungen untersuchen;

b) die in Artikel 2 Absätze 1 und 2 genannte Liste – und gegebenenfalls deren Neufassung – der von den betreffenden Sportorganisationen verbotenen pharmakologischen Gruppen von Dopingwirkstoffen und Dopingmethoden sowie die Kriterien für die Anerkennung von Laboratorien und gegebenenfalls jede Änderung der Kriterien, die von diesen Organisationen nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a angenommen wurden, bestätigen und den Zeitpunkt für das Inkrafttreten der betreffenden Beschlüsse festlegen;

c) Konsultationen mit den betreffenden Sportorganisationen führen;

d) Empfehlungen an die Vertragsparteien über die für die Zwecke dieses Übereinkommens zu ergreifenden Maßnahmen richten;

e) geeignete Maßnahmen empfehlen, um die betreffenden internationalen Organisationen und die Öffentlichkeit über die im Rahmen dieses Übereinkommens durchgeführten Schritte auf dem laufenden zu halten;

f) Empfehlungen an das Ministerkomitee über die Einladung an Nichtmitgliedstaaten des Europarats richten, diesem Übereinkommen beizutreten;



Monat nach dem Tag folgt, an dem alle Vertragsparteien dem Generalsekretär ihre Annahme der Änderung mitgeteilt haben.

### Schlussklauseln

#### Artikel 14

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats, für andere Vertragsstaaten des Europäischen Kulturabkommens sowie für Nichtmitgliedstaaten, die an der Ausarbeitung des Übereinkommens beteiligt waren, zur Unterzeichnung auf; sie können ihre Zustimmung, gebunden zu sein, ausdrücken,

- a) indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen oder
  - b) indem sie es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen und später ratifizieren, annehmen oder genehmigen.
- (2) Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

#### Artikel 15

(1) Das Übereinkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von einem Monat nach dem Tag folgt, an dem fünf Staaten, darunter mindestens vier Mitgliedstaaten des Europarats, nach Artikel 14 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Übereinkommen gebunden zu sein.

(2) Für jeden Unterzeichnerstaat, der später seine Zustimmung ausdrückt, durch das Übereinkommen gebunden zu sein, tritt es am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von einem Monat nach der Unterzeichnung oder der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde folgt.

#### Artikel 16

(1) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann das Ministerkomitee des

Europarats nach Konsultierung der Vertragsparteien durch einen mit der in Artikel 20 Buchstabe d der Satzung des Europarats vorgesehenen Mehrheit und mit einhelliger Zustimmung der Vertreter der Vertragsstaaten, die Anspruch auf einen Sitz im Komitee haben, gefaßten Beschluß, jeden Nichtmitgliedstaat einladen, dem Übereinkommen beizutreten.

(2) Für jeden beitretenden Staat tritt das Übereinkommen am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von einem Monat nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats folgt.

#### Artikel 17

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete bezeichnen, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet.

(2) Jeder Staat kann jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung die Anwendung dieses Übereinkommens auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken. Das Übereinkommen tritt für dieses Hoheitsgebiet am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von einem Monat nach Eingang der Erklärung beim Generalsekretär folgt.

(3) Jede nach den Absätzen 1 und 2 abgegebene Erklärung kann in bezug auf jedes darin bezeichnete Hoheitsgebiet durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Die Rücknahme wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

#### Artikel 18

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen jederzeit durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

#### Artikel 19

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Vertragsparteien, den anderen Mitgliedstaaten des Europarats, den anderen Vertragsstaaten des Europäischen Kulturabkommens, den Nichtmitgliedstaaten, die an der Ausarbeitung des Übereinkommens beteiligt waren, und jedem Staat, der diesem Übereinkommen beigetreten ist oder zum Beitritt eingeladen wurde,

- a) jede Unterzeichnung nach Artikel 14;
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde nach Artikel 14 oder 16;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach den Artikeln 15 und 16;
- d) jede nach Artikel 9 übermittelte Information;
- e) jeden nach Artikel 12 erstellten Bericht;
- f) jeden Änderungsvorschlag und jede nach Artikel 13 beschlossene Änderung sowie den Tag, an dem die Änderung in Kraft tritt;
- g) jede nach Artikel 17 abgegebene Erklärung;
- h) jede nach Artikel 18 erfolgte Kündigung und den Tag, an dem die Kündigung wirksam wird;
- i) jede andere Handlung, Notifikation oder Mitteilung im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommens unterschrieben.

Geschehen zu Straßburg am ..... in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittlelt allen Mitgliedstaaten des Europarats, den anderen Vertragsstaaten des Europä-



sehen Kulturabkommens, den Nichtmitgliedstaaten, die an der Ausarbeitung dieses Übereinkommens beteiligt waren, und allen zum Beitritt zu dem Übereinkommen eingeladenen Staaten beglaubigte Abschriften.

**ANHANG**

**Bezugsliste der pharmakologischen Gruppen von Dopingwirkstoffen und Dopingmethoden**

**I. Gruppen von Dopingwirkstoffen**

- A. Stimulantien
- B. Narkotika
- C. Anabole Steroide
- D. Beta-Blocker
- E. Diuretika
- F. Peptidhormone und entsprechende Wirkstoffe

**II. Dopingmethoden**

- A. Blutdoping
- B. Pharmakologische, chemische und physikalische Manipulation

**III. Gruppen von Wirkstoffen, die bestimmten Einschränkungen unterliegen**

- A. Alkohol
- B. Marihuana
- C. Lokalanästhetika
- D. Kortikosteroide

**Beispiele**

**I. Gruppen von Dopingwirkstoffen**

- A. 1. B. Stimulantien
  - Amfepramon
  - Amfetaminil
  - Amiphenazol
  - Koffein (Coffein)\*
  - Kokain (Cocain)
  - Metenorex

\* Bei Koffein gilt die Probe als positiv, wenn die Koffeinkonzentration im Urin 12 Mikrogramm/ml übersteigt.

- Amphetamin
- Methoxyphenamin
- Cathin
- Methylphenedrin
- Methylphenidat
- Morazox
- Nikethamid
- Pemolin
- Chlorpropolol
- Chlorprenalin
- Cropropamid
- (Bestandteil von Micoren)
- Crothetamid
- (Bestandteil von Micoren)
- Dimetamfetamin
- Phendimetrazin
- Phenmetrazin
- Phentermin
- Phenylpropanolamin
- Pipradol
- Etamivan
- Etilamfetamin
- Fencamfamin
- Fenetyllin
- Pyrovaleron
- Fenproporex
- Furfenorex
- und verwandte Verbindungen

**B. 1. B. Narkotische Analgetika**

- Alphaprodin
- Anileridin
- Buprenorphin
- Codein
- Dextromoramid
- Dextropropoxyphen
- Diamorphin (Heroin)
- Dihydrocodein
- Dipipanone
- Ethoheptazin
- Ethylmorphin
- und verwandte Verbindungen
- Levorphanol
- Methadon
- Morphin
- Nalbuphin
- Pentazocin
- Pethidin
- Phenazocin
- Trimeperidin

**C. 1. B. Anabole Steroide**

- Bolasteron
- Boldenon
- Clostebol
- Dehydrochloromethyltestosteron
- Fluoxymesteron
- Mesterolon
- Metandienon
- Metenolon
- und verwandte Verbindungen
- Methyltestosteron
- Nandrolon
- Norethandrolon
- Oxandrolon
- Oxymesteron
- Oxymetholon
- Stanozolol
- Testosteron\*

\* Bei Testosteron gilt die Probe als positiv, wenn die Verabreichung von Testosteron oder jede andere Manipulation dazu führt, daß das Verhältnis der Konzentration von Testosteron zu Epitestosteron im Urin höher ist als 6.

**D. 1. B. Beta-Blocker**

- Acebutolol
- Aprendolol
- Atenolol
- Labelalol
- Metoprolol
- und verwandte Verbindungen
- Nadolol
- Oxprenolol
- Propranolol
- Sotalol

**E. 1. B. Diuretika**

- Acetazolamid
- Amilorid
- Bendroflumethiazid
- Benzthiazid
- Bumetanid
- Canrenon
- Chlormerodrin
- Chlortalidon
- und verwandte Verbindungen
- Diclofenamid
- Etaacrynsäure
- Furosemid
- Hydrochlorothiazid
- Mersalyl
- Spiromolacton
- Triamteren

**F. Peptidhormone und entsprechende Wirkstoffe**

- Chorionisches Gonadotrophin (HCG - menschliches chorionisches Gonadotrophin) (ACTH)
- Corticotrophin
- Wachstumshormon (HGH, Somatotrophin)

**II. Dopingmethoden**

- A. Blutdoping
- B. Pharmakologische, chemische und physikalische Manipulation

**III. Gruppen von Wirkstoffen, die bestimmten Einschränkungen unterliegen**

- A. Alkohol
- B. Marihuana
- C. Lokalanästhetika
- D. Kortikosteroide

Anmerkung: Bei dieser Liste handelt es sich um die vom Internationalen Olympischen Komitee im April 1989 angenommene Liste der Gruppen von Dopingwirkstoffen und Dopingmethoden





TEXTE DE LA CONVENTION CONTRE LE DOPAGE

Préambule

Les Etats membres du Conseil de l'Europe, les autres Etats parties à la Convention culturelle européenne, ainsi que les autres Etats, signataires de la présente Convention,

Considérant que le but du Conseil de l'Europe est de réaliser une union plus étroite entre ses membres afin de sauvegarder et de promouvoir les idéaux et les principes qui sont leur patrimoine commun et de favoriser leur progrès économique et social;

Conscients que le sport doit jouer un rôle important dans la protection de la santé, dans l'éducation morale et physique et dans la promotion de la compréhension internationale;

Préoccupés par l'emploi de plus en plus répandu de produits et de méthodes de dopage parmi les sportifs dans l'ensemble du sport et par ses conséquences pour la santé des pratiquants et pour l'avenir du sport;

Attentifs au fait que ce problème met en danger les principes éthiques et les valeurs éducatives consacrés par la Charte olympique, la Charte internationale du sport et de l'éducation physique de l'Unesco et la Résolution (76) 41 du Comité des Ministres du Conseil de l'Europe, connue sous le titre «Charte européenne du sport pour tous»;

Considérant les règlements, politiques et déclarations adoptés par les organisations sportives internationales dans le domaine de la lutte contre le dopage;

Conscients que les pouvoirs publics et les organisations sportives volontaires ont des responsabilités complémentaires dans la lutte contre le dopage dans le sport et, en particulier, dans la garantie du bon déroulement — sur la base du principe du fair play — des manifestations sportives, ainsi que dans la protection de la santé de ceux qui y prennent part;



Reconnaissant que ces pouvoirs et organisations doivent collaborer à tous les niveaux appropriés;

Rappelant les résolutions sur le dopage adoptées par la Conférence des ministres européens responsables du Sport et en particulier la Résolution n° 1 adoptée à la 6<sup>e</sup> Conférence à Reykjavik en 1989;

Rappelant que le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe a déjà adopté la Résolution (67) 12 sur le doping des athlètes, la Recommandation n° R (79) 8 concernant le dopage dans le sport, la Recommandation n° R (84) 19 relative à la «Charte européenne contre le dopage dans le sport», et la Recommandation n° R (88) 12 concernant l'institution de contrôles antidopage sans préavis hors compétition;

Rappelant la Recommandation n° 5 sur le dopage adoptée par la 2<sup>e</sup> Conférence internationale des ministres et hauts fonctionnaires responsables de l'Education physique et du Sport, organisée par l'Unesco à Moscou (1988);

Résolus, toutefois, à poursuivre et à renforcer leur coopération en vue de réduire et, à terme, d'éliminer le dopage dans le sport en tenant compte des valeurs éthiques et des mesures pratiques contenues dans ces instruments,

Sont convenus de ce qui suit:

#### Article 1

##### But de la Convention

Les Parties, en vue de la réduction et, à terme, de l'élimination du dopage dans le sport, s'engagent à prendre, dans les limites de leurs dispositions constitutionnelles respectives, les mesures nécessaires pour donner effet aux dispositions de la présente Convention.

#### Article 2

##### Définition et champ d'application de la Convention

1. Aux fins de la présente Convention:
  - a. on entend par «dopage dans le sport» l'administration aux sportifs ou l'usage par ces derniers de classes pharmacologiques d'agents de dopage ou de méthodes de dopage;

b. on entend par «classes pharmacologiques d'agents de dopage ou de méthodes de dopage», sous réserve du paragraphe 2 ci-dessous, les classes d'agents de dopage et de méthodes de dopage interdites par les organisations sportives internationales compétentes, et figurant sur des listes qui ont été approuvées par le groupe de suivi en vertu de l'article 11.1.b;

c. on entend par «sportifs» les personnes des deux sexes qui participent habituellement à des activités sportives organisées.

2. Tant qu'une liste des classes pharmacologiques interdites d'agents de dopage et de méthodes de dopage n'aura pas été approuvée par le groupe de suivi en vertu de l'article 11.1.b, la liste de référence contenue dans l'annexe à la présente Convention s'applique.

#### Article 3

##### Coordination au plan intérieur

1. Les Parties coordonnent les politiques et les actions de leurs services gouvernementaux et autres organismes publics concernés par la lutte contre le dopage dans le sport.
2. Elles veillent à ce qu'il y ait application pratique de cette Convention et, en particulier, à satisfaire aux exigences de l'article 7, en confiant, le cas échéant, la mise en œuvre de certaines dispositions de la présente Convention à une autorité sportive gouvernementale ou non gouvernementale désignée à cet effet, ou à une organisation sportive.

#### Article 4

##### Mesures destinées à limiter la disponibilité et l'utilisation d'agents de dopage et de méthodes de dopage interdits

1. Les Parties adoptent, selon les cas, une législation, des règlements ou des mesures administratives pour réduire la disponibilité (et, notamment, des dispositions visant à contrôler la circulation, la détention, l'importation, la distribution et la vente) ainsi que l'utilisation dans le sport d'agents et de méthodes de dopage interdits et, en particulier, de stéroïdes anabolisants.
2. A cette fin, les Parties ou, le cas échéant, les organisations non gouvernementales compétentes subordonnent les critères d'octroi des subventions publiques aux organisations sportives à l'application effective, par celles-ci, des réglementations antidopage.



3. Par ailleurs, les Parties :

- a. aident leurs organisations sportives à financer les contrôles et les analyses antidopage, soit par l'octroi de subventions ou de subsides directs, soit en tenant compte du coût de ces contrôles et analyses lors de la fixation du montant global des subventions ou subsides à allouer à ces organisations;
  - b. prennent des mesures appropriées afin de refuser l'octroi, à des fins d'entraînement, de subventions provenant de fonds publics à des sportifs qui ont été suspendus à la suite de la découverte d'une infraction à la réglementation sur le dopage dans le sport, et ce pendant la durée de leur suspension;
  - c. encouragent et, le cas échéant, facilitent l'exécution, par leurs organisations sportives, des contrôles antidopage demandés par les organisations sportives internationales compétentes, tant au cours qu'en dehors des compétitions; et
  - d. encouragent et facilitent la conclusion, par les organisations sportives, d'accords autorisant des équipes de contrôle antidopage dûment agréées à faire subir des tests à leurs membres dans d'autres pays.
4. Les Parties se réservent le droit d'adopter des règlements antidopage et d'organiser des contrôles antidopage de leur propre initiative et sous leur propre responsabilité à condition qu'ils soient compatibles avec les principes pertinents de la présente Convention.

Article 5

Laboratoires

1. Chaque Partie s'engage :
  - a. soit à créer ou à faciliter la création sur son territoire d'un ou de plusieurs laboratoires de contrôle antidopage susceptibles d'être agréés conformément aux critères adoptés par les organisations sportives internationales compétentes et approuvés par le groupe de suivi en vertu de l'article 11.1.b;
  - b. soit à aider ses organisations sportives à avoir accès à un tel laboratoire sur le territoire d'une autre Partie.
2. Ces laboratoires sont encouragés à :
  - a. prendre les mesures adéquates pour recruter et retenir, former et recycler un personnel qualifié;

b. entreprendre des programmes appropriés de recherche et de développement sur les agents de dopage et les méthodes utilisées ou présumées être utilisées aux fins de dopage dans le sport, ainsi que dans les domaines de la biochimie et de la pharmacologie analytiques, pour parvenir à une meilleure compréhension des effets de diverses substances sur l'organisme humain et de leurs conséquences sur le plan des performances sportives;

c. publier et diffuser rapidement les nouvelles données apportées par leurs recherches.

Article 6

Education

1. Les Parties s'engagent à élaborer et à mettre en œuvre, le cas échéant en collaboration avec les organisations sportives concernées et avec les moyens de communication de masse, des programmes éducatifs et des campagnes d'information mettant en relief les dangers pour la santé inhérents au dopage et l'atteinte aux valeurs éthiques du sport. Ces programmes et campagnes s'adressent à la fois aux jeunes dans les établissements scolaires et les clubs sportifs et à leurs parents, ainsi qu'aux athlètes adultes, aux responsables et directeurs sportifs, et aux entraîneurs. Pour les personnes travaillant dans le domaine médical, ces programmes éducatifs soulignent l'importance du respect de la déontologie médicale.

2. Les Parties s'engagent à encourager et à promouvoir, en collaboration avec les organisations sportives régionales, nationales et internationales concernées, des recherches relatives à l'élaboration de programmes d'entraînement physiologique et psychologique fondés sur des bases scientifiques et respectueux de l'intégrité de la personne humaine.

Article 7

Collaboration avec les organisations sportives  
concernant les mesures que celles-ci doivent prendre

1. Les Parties s'engagent à encourager leurs organisations sportives et, à travers celles-ci, les organisations sportives internationales, à élaborer et à appliquer toutes les mesures appropriées relevant de leur compétence pour lutter contre le dopage dans le sport.



2. A cette fin, elles encouragent leurs organisations sportives à clarifier et à harmoniser leurs droits, obligations et devoirs respectifs, en particulier en harmonisant leurs :
- a. règlements antidopage sur la base des règlements adoptés par les organisations sportives internationales compétentes ;
  - b. listes de classes pharmacologiques d'agents de dopage et de méthodes de dopage interdites, sur la base des listes adoptées par les organisations sportives internationales compétentes ;
  - c. méthodes de contrôle antidopage ;
  - d. procédures disciplinaires, en appliquant les principes internationalement reconnus de la justice naturelle et en garantissant le respect des droits fondamentaux des sportifs sur lesquels pèse un soupçon ; ces principes sont notamment les suivants :
    - i. l'organe d'instruction doit être distinct de l'organe disciplinaire ;
    - ii. ces personnes ont droit à un procès équitable et le droit d'être assistées ou représentées ;
    - iii. il doit exister des dispositions claires et applicables en pratique permettant d'interjeter appel contre tout jugement rendu ;
  - e. procédures d'application de sanctions effectives aux responsables, médecins, vétérinaires, entraîneurs, physiothérapeutes et autres responsables ou complices d'infractions aux règlements antidopage de la part de sportifs ;
  - f. procédures de reconnaissance mutuelle des suspensions et autres sanctions imposées par d'autres organisations sportives dans le pays même ou dans un autre pays.
3. En outre, les Parties encouragent leurs organisations sportives à :
- a. instituer, en nombre suffisant pour être efficaces, des contrôles antidopage non seulement au cours des compétitions, mais encore sans préavis à tout moment approprié hors des compétitions ; ces contrôles devront être menés de manière équitable pour tous les sportifs et comporter des tests appliqués et répétés à des sportifs pris, le cas échéant, au hasard ;
  - b. conclure, avec les organisations sportives d'autres pays, des accords permettant de soumettre un sportif s'entraînant dans un de ces pays à des tests pratiqués par une équipe de contrôle antidopage dûment autorisée dudit pays ;
  - c. clarifier et harmoniser les règlements concernant l'admissibilité aux épreuves sportives qui incluent les critères antidopage ;

d. encourager les sportifs à participer activement à la lutte contre le dopage menée par les organisations sportives internationales ;

e. utiliser pleinement et efficacement les équipements mis à leur disposition pour l'analyse antidopage dans les laboratoires mentionnés à l'article 5, tant au cours qu'en dehors des compétitions sportives ;

f. rechercher des méthodes scientifiques d'entraînement et élaborer des principes directeurs destinés à protéger les sportifs de tous âges, adaptés à chaque sport.

#### Article 8

### Coopération internationale

1. Les Parties coopèrent étroitement dans les domaines couverts par la présente Convention et encouragent une coopération analogue entre leurs organisations sportives.
2. Les Parties s'engagent à :
  - a. encourager leurs organisations sportives à œuvrer en faveur de l'application des dispositions de la présente Convention au sein de toutes les organisations sportives internationales auxquelles elles sont affiliées, notamment par le refus d'homologuer les records mondiaux ou régionaux qui ne sont pas assortis des résultats négatifs d'un test antidopage authentifié ;
  - b. promouvoir la coopération entre les personnels de leurs laboratoires de contrôle antidopage créés ou fonctionnant conformément à l'article 5 ; et
  - c. instituer une coopération bilatérale et multilatérale entre leurs organismes, autorités et organisations compétents, aux fins d'atteindre, également sur le plan international, les objectifs énoncés à l'article 4.1.
3. Les Parties, qui disposent de laboratoires créés ou fonctionnant conformément aux critères définis à l'article 5, s'engagent à aider les autres Parties à acquérir l'expérience, la compétence et les techniques qui leur sont nécessaires à la création de leurs propres laboratoires.

#### Article 9

### Communication d'informations

Chaque Partie transmet au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, dans l'une des langues officielles du Conseil de l'Europe,



toutes les informations pertinentes relatives aux mesures législatives ou autres qu'elle aura prises dans le but de se conformer aux dispositions de la présente Convention.

#### Article 10

##### Groupe de suivi

1. Il est constitué, aux fins de la présente Convention, un groupe de suivi.
2. Toute Partie peut se faire représenter au sein du groupe de suivi par un ou plusieurs délégués. Chaque Partie a droit à une voix.
3. Tout Etat mentionné à l'article 14.1, qui n'est pas partie à la présente Convention, peut se faire représenter au groupe de suivi par un observateur.
4. Le groupe de suivi peut, à l'unanimité, inviter tout Etat non membre du Conseil de l'Europe qui n'est pas partie à la Convention et toute organisation sportive ou professionnelle concernée à se faire représenter par un observateur à une ou plusieurs de ses réunions.
5. Le groupe de suivi est convoqué par le Secrétaire Général. Il tient sa première réunion dans les meilleurs délais et, en tout cas, moins d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur de la Convention. Il se réunit par la suite chaque fois que cela s'avère nécessaire, à l'initiative du Secrétaire Général ou d'une Partie.
6. La majorité des Parties constitue le quorum nécessaire pour tenir une réunion du groupe de suivi.
7. Le groupe de suivi siège à huis clos.
8. Sous réserve des dispositions de la présente Convention, le groupe de suivi établit son règlement intérieur et l'adopte par consensus.

#### Article 11

1. Le groupe de suivi est chargé de suivre l'application de la présente Convention. Il peut en particulier:
  - a. revoir de manière permanente les dispositions de la présente Convention et examiner les modifications qui pourraient être nécessaires;

b. approuver la liste, et toute révision éventuelle, des classes pharmacologiques d'agents de dopage et de méthodes de dopage interdites par les organisations sportives internationales compétentes, mentionnées à l'article 2, alinéas 1 et 2, et les critères d'accréditation des laboratoires, et toute révision éventuelle, adoptés par les mêmes organisations, mentionnés à l'article 5.1.a, et fixer la date d'entrée en vigueur des décisions prises;

- c. engager des consultations avec les organisations sportives concernées;
  - d. adresser aux Parties des recommandations concernant les mesures à prendre pour la mise en œuvre de la présente Convention;
  - e. recommander les mesures appropriées pour assurer l'information des organisations internationales compétentes et du public sur les travaux entrepris dans le cadre de la présente Convention;
  - f. adresser au Comité des Ministres des recommandations relatives à l'invitation d'Etats non membres du Conseil de l'Europe à adhérer à la présente Convention;
  - g. formuler toute proposition visant à améliorer l'efficacité de la présente Convention.
2. Pour l'accomplissement de sa mission, le groupe de suivi peut, de sa propre initiative, prévoir des réunions de groupes d'experts.

#### Article 12

Après chacune de ses réunions, le groupe de suivi transmet au Comité des Ministres du Conseil de l'Europe un rapport sur ses travaux et sur le fonctionnement de la Convention.

#### Article 13

##### Amendements aux articles de la Convention

1. Des amendements aux articles de la présente Convention peuvent être proposés par une Partie, par le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe ou par le groupe de suivi.
2. Toute proposition d'amendement est communiquée par le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe aux Etats mentionnés à l'article 14 et à tout Etat qui a adhéré ou a été invité à adhérer à la présente Convention conformément aux dispositions de l'article 16.



3. Tout amendement proposé par une Partie ou par le Comité des Ministres est communiqué au groupe de suivi au moins deux mois avant la réunion à laquelle l'amendement doit être étudié. Le groupe de suivi soumet au Comité des Ministres son avis concernant l'amendement proposé, le cas échéant, après consultation des organisations sportives compétentes.

4. Le Comité des Ministres étudie l'amendement proposé ainsi que tout avis soumis par le groupe de suivi et peut adopter l'amendement.

5. Le texte de tout amendement adopté par le Comité des Ministres conformément au paragraphe 4 du présent article est transmis aux Parties en vue de son acceptation.

6. Tout amendement adopté conformément au paragraphe 4 du présent article entre en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'un délai d'un mois après la date à laquelle toutes les Parties ont informé le Secrétaire Général de leur acceptation dudit amendement.

## CLAUSES FINALES

### Article 14

1. La présente Convention est ouverte à la signature des Etats membres du Conseil de l'Europe, des autres Etats parties à la Convention culturelle européenne et des Etats non membres ayant participé à l'élaboration de la présente Convention, qui peuvent exprimer leur consentement à être liés par :

- a. signature sans réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, ou
- b. signature sous réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, suivie de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

2. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

### Article 15

1. La Convention entrera en vigueur le premier jour du mois suivant l'expiration d'un délai d'un mois après la date à laquelle cinq Etats, dont au moins quatre Etats membres du Conseil de l'Europe, auront exprimé leur consentement à être liés par la Convention conformément aux dispositions de l'article 14.

2. Pour tout Etat signataire qui exprimera ultérieurement son consentement à être lié par la Convention, celle-ci entrera en vigueur le premier jour du mois suivant l'expiration d'un délai d'un mois après la date de la signature ou du dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

### Article 16

1. Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe, après consultation des Parties, pourra inviter tout Etat non membre à adhérer à la Convention, par une décision prise à la majorité prévue à l'article 20.d du Statut du Conseil de l'Europe et à l'unanimité des représentants des Etats contractants ayant le droit de siéger au Comité.

2. Pour tout Etat adhérent, la Convention entrera en vigueur le premier jour du mois suivant l'expiration d'un délai d'un mois après la date de dépôt de l'instrument d'adhésion près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

### Article 17

1. Tout Etat peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, désigner le ou les territoires auxquels s'appliquera la présente Convention.

2. Tout Etat peut, à tout moment ultérieur, par une déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, étendre l'application de la présente Convention à tout autre territoire désigné dans la déclaration. La Convention entrera en vigueur à l'égard de ce territoire le premier jour du mois suivant l'expiration d'un délai d'un mois après la date de réception de ladite déclaration par le Secrétaire Général.

3. Toute déclaration formulée en vertu des deux paragraphes précédents pourra être retirée, en ce qui concerne tout territoire désigné dans cette déclaration, par notification adressée au Secrétaire Général. Le retrait prendra effet le premier jour du mois suivant l'expiration d'un délai de six mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

### Article 18

1. Toute Partie peut, à tout moment, dénoncer la présente Convention en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.



2. La dénonciation prend effet le premier jour du mois suivant l'expiration d'un délai de six mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

#### Article 19

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifie aux Parties, aux autres Etats membres du Conseil de l'Europe, aux autres Etats parties à la Convention culturelle européenne, aux Etats ayant participé à l'élaboration de la présente Convention et à tout Etat qui y a adhéré ou qui a été invité à y adhérer:

- a. toute signature conformément à l'article 14;
- b. le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion conformément à l'article 14 ou 16;
- c. toute date d'entrée en vigueur de la présente Convention conformément aux articles 15 et 16;
- d. toute information transmise en vertu des dispositions de l'article 9;
- e. tout rapport établi en application des dispositions de l'article 12;
- f. toute proposition d'amendement et tout amendement adopté conformément à l'article 13 et la date d'entrée en vigueur de cet amendement;
- g. toute déclaration formulée en vertu des dispositions de l'article 17;
- h. toute notification adressée en application des dispositions de l'article 18 et la date de prise d'effet de la dénonciation;
- i. tout autre acte, notification ou communication se référant à la présente Convention.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

Fait à Strasbourg, le 16 novembre 1989, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chacun des Etats membres du Conseil de l'Europe, aux autres Etats parties à la Convention culturelle européenne, aux Etats non membres qui ont participé à l'élaboration de la présente Convention et à tout Etat invité à adhérer à celle-ci.

#### ANNEXE

##### Liste de référence des classes de substances dopantes et de méthodes de dopage

#### I. Classes d'agents de dopage

- A. Stimulants
- B. Narcotiques
- C. Stéroïdes anabolisants
- D. Bêta-bloquants
- E. Diurétiques
- F. Hormones peptidiques et analogues

#### II. Méthodes de dopage

- A. Dopage sanguin
- B. Manipulation pharmacologique, chimique ou physique

#### III. Classes de substances soumises à certaines restrictions

- A. Alcool
- B. Marijuana
- C. Anesthésiques locaux
- D. Corticostéroïdes

#### Exemples

#### I. Classes d'agents de dopage

##### A. Stimulants tels que:

- amféramone
- amfetaminil
- amphénazole
- amphétamine
- benzphétamine
- caféine\*
- cathine
- chlorphentermine
- ciobenzorex
- clorprénaline
- cocaïne
- cropropamide (composant du « micorène »)
- crothétamide (composant du « micorène »)
- dimétamphétamine
- éphédrine
- étaphédrine

\* Pour la caféine, un échantillon sera considéré comme positif si la concentration dans les urines dépasse 12 microgrammes/ml.

éthamiván  
 éthylamphétamine  
 fencamfamine  
 fénétylline  
 fenproporex  
 furrénorex  
 méfénorex  
 méthamphétamine  
 méthoxyphénamine  
 méthyléphédrine  
 méthylphénidate  
 morazone  
 nikéthamide  
 pémoline  
 pentétrazol  
 phendimétrazine  
 phenmétrazine  
 phentermine  
 phénylpropanolamine  
 pipradol  
 prolintane  
 propylhexédrine  
 pyrovalérone  
 strychnine

et substances apparentées

B. Analgésiques narcotiques tels que :

alhaprodine  
 anilédine  
 buprénorphine  
 codéine  
 dextromoramide  
 dextropropoxyphène  
 diamorphine (héroïne)  
 dihydrocodéine  
 dipipanone  
 éthioheptazine  
 éthylmorphine  
 lévorphanol  
 méthadone  
 morphine  
 nalbuphine  
 pentazocine  
 péthidine

phénazocine  
 trimépéridine

et substances apparentées

C. Stéroïdes anabolisants tels que :

bolastéron  
 boldénone  
 clostébol  
 dehydrochlorométhyltestostérone  
 fluoxymestérone  
 mestérolone  
 méthandiénone  
 méthénone  
 méthyltestostérone  
 nandrolone  
 noréthandrolone  
 oxandrolone  
 oxymestérone  
 oxymétholone  
 stanozolol  
 testostérone\*

et substances apparentées

D. Bêta-bloquants tels que :

acébutolol  
 alprénolol  
 aténolol  
 labétalol  
 métoprolol  
 nadolol  
 oxprénolol  
 propranolol  
 sotalol

et substances apparentées

E. Diurétiques tels que :

acétazolamide  
 amiloride  
 bendrofluméthiazide  
 benzthiazide  
 bumétanide  
 canrénone

\* Pour la testostérone, un échantillon sera considéré comme positif si l'administration de testostérone ou toute autre manipulation a pour résultat l'obtention d'un taux de testostérone/épitestostérone dans les urines supérieur à 6.





Bern, den

**Pressemitteilung:****Europäischen Konvention gegen Doping**

Der Bundesrat hat am 26. Juni 1991 beschlossen, über die Ratifizierung der Europäischen Konvention gegen Doping ein Vernehmlassungsverfahren bei den Kantonen, den politischen Parteien sowie den interessierten Verbänden und Organisationen zu eröffnen. Das Verfahren dauerte bis Mitte Oktober. Alle Beteiligten sprachen sich für einen Beitritt der Schweiz zur Konvention aus!

Als Hauptgründe werden angeführt, dass Doping ein ernstzunehmendes Problem für den Sport und unsere Gesellschaft sei. Zudem sei die Konvention ein Stück europäischer Zusammenarbeit und Solidarität.

Die Konvention nehme ferner Rücksicht auf die innere Rechtsordnung der Unterzeichnerstaaten, betone die sich ergänzenden Verantwortlichkeiten von privatrechtlichen und staatlichen Stellen in der Dopingbekämpfung und greife nicht in das schweizerische Sportkonzept ein. Wie bisher bewährt, könne somit der Schweizerische Landesverband für Sport (SLS) weiterhin ausführendes Organ der Dopingbekämpfung sein. Das EDI wird beauftragt, für die Ratifizierung der Konvention, eine Botschaft an die eidgenössischen Räte auszuarbeiten.

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT  
DES INNERN

Presse- und Informationsdienst

Auskünfte: Dr. M. Kamber, Forschungsinstitut der Eidgenössischen Sportschule, 2532 Magglingen, Tel. 032 / 27 63 24



Berne, le .....

Communiqué de presse :

Convention européenne contre le dopage

Le 26 juin 1991, le Conseil fédéral décidait de consulter les cantons, les partis politiques et les fédérations concernées dans le but de connaître leur position face à la ratification possible, par la Suisse, de la Convention européenne contre le dopage. Ils avaient à se prononcer jusqu'à la mi-octobre. Tous, sans exception, ont répondu positivement.

Les principaux arguments invoqués sont bien connus : prise de conscience des problèmes qui gravitent autour du dopage aussi bien dans les milieux du sport que dans la société en général d'une part, importance de saisir l'occasion offerte par une adhésion pour faire acte de solidarité avec les autres pays du Conseil de l'Europe d'autre part.

Est à relever aussi le fait que la Convention respecte scrupuleusement les dispositions légales propres aux Etats signataires, qu'elle souligne la nécessité d'une collaboration entre organismes d'Etat et institutions privées dans la lutte engagée contre le dopage, qu'elle ne lèse en rien, enfin, le concept établi du sport suisse. Ainsi, en cas d'adhésion, l'Association suisse du sport (ASS) pourra continuer à assumer la fonction d'organe exécutif du pays en la matière.

Pour l'heure, le DFI a été chargé d'élaborer et de rédiger, à l'attention des chambres fédérales, un message les invitant à approuver la ratification de la Convention.

DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE  
 L'INTÉRIEUR

Service de presse et d'information

Renseignements : M. Kamber, docteur en chimie, de l'Institut de recherches de l'École fédérale de sport, 2532 Macolin. Tél. : 032/276 324.



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

978.05

3003 Bern, den 27. Nov. 1991

An den Bundesrat

Konvention des Europarates gegen Doping

Mitbericht

zum Antrag des EDI vom 15. November 1991

Wir können dem Antrag nicht vorbehaltlos zustimmen und

beantragen, den Auftrag an das EDI zur Ausarbeitung einer Botschaft zurückzustellen, bis die Frage nach den finanziellen Folgen eines Beitritts zur Europäischen Doping-Konvention eindeutig geklärt und eine den Bund nicht zusätzlich belastende Finanzierungslösung gefunden ist.

Das Vernehmlassungsergebnis ist insofern eindeutig, als ein Beitritt der Schweiz zur Europäischen Doping-Konvention zwar breite Unterstützung findet, dass aber weder die Kantone noch die befragten Verbände und Organisationen sich in dieser Sache finanziell engagieren wollen. Es ist somit zu erwarten, dass für die - zur Zeit nicht überblickbaren - finanziellen Konsequenzen des Vollzugs dieser Konvention einzig und allein der Bund einzustehen hätte. Wie wir schon vor Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens



ausgeführt haben, sind wir bei aller Anerkennung der Bestrebungen zur internationalen Koordination und Vereinheitlichung der Doping-Bekämpfung gegen eine Lösung, die dem Bund in diesem Bereich neue finanzielle Kompetenzen und Leistungen überträgt. Wir bleiben bei unserer Auffassung, dass Vorkehren und Massnahmen zur Bekämpfung des Dopings primär durch die Sportbewegung und ihre Trägerorganisation getragen werden müssen. Wir sehen daher nach wie vor keine Rechtfertigung, die Dopingkontrolle durch staatliche Beihilfen (u.a. über zusätzliche Leistungen an den SLS) mitfinanzieren zu lassen. Der Zuweisung neuer finanzieller Lasten an den Bund in diesem nicht primär der staatlichen Verantwortung zugehörigen Bereich muss nicht zuletzt auch aus haushaltspolitischen Ueberlegungen entgegengetreten werden. Angesichts der anstehenden Milliarden-defizite müssen nun die Massnahmen zur Haushaltsanierung gegenüber neuen Ausbauwünschen unbedingt Vorrang haben.

EIDG. FINANZDEPARTEMENT

Stu

O. Stich



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'INTERNO

Bern, 29. November 1991

1991 Bern, den 29. November 1991

An den Bundesrat

An den Bundesrat

KONVENTION DES EUROPARATES GEGEN DOPING

Stellungnahme

zum Mitbericht des EFD vom 27. November 1991

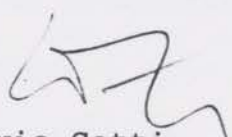
Wir sind mit den im Mitbericht des EFD beantragten Änderungen aus den unten angeführten Gründen nicht einverstanden.

Die finanziellen Folgen eines Beitritts zur Konvention sind klar eingegrenzt und damit geklärt. Für die Analytik sind jährlich Fr. 500'000.-- und für Prävention Fr. 250'000.-- notwendig. Die eigentliche Dopingbekämpfung umfasst jedoch auch Forschung. Diese würde im Falle einer Akkreditierung des Laboratoriums der Universität Lausanne durch den Kanton Waadt übernommen.

In anderen europäischen Staaten (Deutschland, Frankreich, Österreich, Grossbritannien, Schweden, usw.) wird die Dopingbekämpfung vollumfänglich durch den Staat organisiert und finanziert. Mit der Ratifizierung der Konvention würde in Absprache mit dem darin treuhänderisch verantwortlichen Schweizerischen Landesverband für Sport der Bund nur die Analyse- und Präventionskosten tragen.

Wir halten an unserem Antrag vom 15. November 1991 fest.

EIDG. DEPARTEMENT DES INNERN

  
 Flavio Cotti